



Der Bericht wird auszugsweise vorgetragen. Es gilt das gesprochene Wort.

Evangelische Landeskirche Anhalts - Landessynode
22. Legislaturperiode - 3. Tagung - 27./28.04.2007

Bericht des Kirchenpräsidenten zur Situation der Evangelischen Landeskirche Anhalts

Herr Präses, Hohe Synode,
verehrte Gäste,
liebe Schwestern und Brüder!

I. Biblisch-Theologische Orientierung

Den Bericht zur Situation unserer Landeskirche leite ich unserer Gewohnheit folgend mit einer kurzen biblisch-theologischen Besinnung ein, der sich dann die einzelnen Themen und Gesichtspunkte zuordnen lassen.

Im ersten Kapitel des Markus-Evangeliums heißt es in den Versen 14 und 15: „**Nachdem aber Johannes gefangen gesetzt war, kam Jesus nach Galiläa und predigte das Evangelium Gottes und sprach: Die Zeit ist erfüllt und das Reich Gottes ist herbeigekommen. Tut Buße und glaubt an das Evangelium!**“

Die erste der 95 Thesen Martin Luthers zur Ablassfrage aus dem Jahre 1517 lautet: „**Unser Herr und Heiland Jesus Christus wollte, indem er sagte: Tut Buße usw., dass das ganze Leben der Gläubigen sein soll**“.

Martin Luther beginnt seine grundsätzliche theologische Auseinandersetzung mit der römisch-katholischen Buß- und Ablasspraxis seiner Zeit mit dem Bezug auf das biblische Christuszeugnis am Anfang des Markusevangeliums (vgl. auch Matth. 4,17). Jesus Christus verkündigt die frohe Botschaft, dass Gottes Herrschaft nun im Alltag der Welt angebrochen ist. Ihm gilt es nun zu glauben und das eigene Leben grundlegend zu ändern. Wer diese Botschaft überhört, verpasst die Zeitenwende und versäumt die größte Chance seines Lebens. Gottes Herrschaft wird sich mit Leben und Werk Jesu Christi unaufhaltsam durchsetzen und auch aus kleinen Anfängen weiter aufwachsen.

Die sichtbaren und hörbaren Anfänge, der Auf- und Anbruch des Reiches Gottes ereignen sich „in der Mitte“ unter den Jüngern (vgl. Luk. 17,21) im Zuge eines dynamisch-esschatologischen Geschehens, das mit Wort und Werk Jesu Christi beginnt und der Erfüllung und Vollendung am Ende der Zeiten und aller Geschichte zustrebt.

Die Wundertaten Jesu sind Zeichen für den Anbruch der Gottes-Herrschaft im Alltag unserer Welt, die in gläubigem Vertrauen und in Dankbarkeit gegenüber Gott angenommen sein wollen.

Der Ruf zur Umkehr an die Sünder, die Heilung der Kranken, die Speisung der Hungernden, die Verkündigung des Evangeliums gegenüber den Armen, die Proklamation der Freiheit für die Gefangenen und des Friedens auf Erden für die nach Gerechtigkeit Hungernden und Dürstenden durch Jesus Christus, schließlich sein Kreuzestod und seine Auferstehung zum ewigen Leben öffnen den Menschen den Zugang zum Reich Gottes, wenn sie umkehren und glauben!

So will das Evangelium von der gegenwärtigen Gottesherrschaft ein entsprechendes **Verhalten** bei den Angesprochenen und Eingeladenen freisetzen, nicht als Voraussetzung für die endgültige Verwirklichung des Reiches Gottes, nicht als Hilfe zu eigener Selbstverwirklichung, sondern als vertrauensvolle und **dankbare Antwort** auf die Einladung und den Ruf zum Glauben.

Die Erfahrung der Jüngerinnen und Jünger mit dem Kommen der Gottesherrschaft im Wirken Jesu, so wie die Evangelien es darstellen, findet ihre Entsprechung in der **Erfahrung** der christlichen Gemeinde **mit der Gegenwart des auferstandenen und lebendigen Herrn in ihrer Mitte**, in der Mitte der Gemeinde, in der Mitte ihrer Zeit und Geschichte, in der Mitte der Welt.

So sind „Gerechtigkeit und Friede und Freude im Heiligen Geist“ (Röm. 14,17) bzw. das Wirken seiner vorwärts weisenden, Leben schaffenden „Kraft“ (1. Kor. 4,20) nach den Zeugnissen des Apostels Paulus Zeichen für die Herrschaft Gottes und die Gegenwart Jesu Christi durch seinen Geist.

Die auf die Gegenwart und zugleich auf das Kommen der Gottesherrschaft, des Reiches Gottes gerichteten christlichen Glaubensaussagen lösen nicht die Verantwortung für den Zustand der gegenwärtigen Welt auf, weil die eigentliche Fülle ja noch aussteht, sondern sie spiegeln die feste Überzeugung von einer im Christusgeschehen begründeten und verbürgten Möglichkeit zur Veränderung der gegenwärtigen Welt in der Kraft des Heiligen Geistes aus Glauben, Hoffnung und Liebe zu mehr Gerechtigkeit, zu mehr Frieden, zu mehr Freiheit und Lebensbewahrung.

Die Gleichnisse vom Sämann, vom Wachsen der Saat und vom Senfkorn (im 4. Kapitel des Markusevangeliums) lehren uns, dem Wachstum des Reiches Gottes, in Glauben, Liebe und Gerechtigkeit und Frieden neu zu vertrauen und unser Leben in Kirche und Gemeinde danach auszurichten (vgl. die Schilderungen und Aufforderungen zum Gemeinde- bzw. Glaubenswachstum in der Apostelgeschichte, z.B. Ap. 5,14; 12,24 und in den Apostelbriefen, z.B. 1. Kor.3,5-9, 2. Petrus 3,18).

Die Gemeinde Jesu Christi will wachsen, ihr Wesen ist Mission. Sie ist sich selbst nicht genug. Der Heilige Geist treibt sie auf den Weg zu den Menschen.

Es ist eine uralte Erfahrung der Christenheit, dass sie sich auf diesem Wege nicht erschöpft und überfordert fühlt, sondern dass es für sie mit Jesus Christus in der Mitte eine große Freude ist, anderen Freude mit dem Evangelium zu machen. Das Evangelium hat Geltung für „alle Welt“ und wendet sich an „alle Völker“ (vgl. Matt. 28,18). Darum sind „Wachstum“ und „Zugewinn“ sowie Konzentration, d.h. Ausrichtung auf die Mitte in Jesus Christus und „Umkehr“ zu ihm und seinem Wort dem Evangelium gemäße Leitbegriffe für kirchliches und gemeindliches Handeln.

Mit dem im griechischen Urtext für **Buße und Umkehr** verwandten Wort „*metanoia*“ ist eine „Kehre des Lebens“, eine Wende in unserem Leben und Denken gemeint. Ziel dieser Wendung auf dem Weg, der bis dahin ein falscher war, ist Gott der Vater, der sich in Jesus Christus uns offenbart und durch seinen Geist unter uns in Kirche und Gemeinde und in uns wirkt und unsere Herzen und Gewissen „bekehrt“.

In der Umkehr nimmt der Mensch das Evangelium in gläubigem Gottvertrauen an und bleibt doch angesichts der Kraft des Bösen und der Macht der Sünde zu immer neuer Umkehr und „täglicher Buße“ gefordert. Für Christen geschieht dies auf der **Basis der Taufe**. Sie vergewissert uns der Annahme durch Gott und der Gegenwart seines Reiches mit Jesus Christus in unserem Leben. **Wir leben mit und aus der Taufe** und vermögen durch sie den „alten Adam in uns durch tägliche Reue und Buße zu ersäufen“, wie Martin Luther in seiner Erklärung zum 4. Hauptstück über die Taufe im Kleinen Katechismus sagt.

So gewinnen das gottesdienstliche Schuldbekenntnis (mit der Bitte um Vergebung und dem biblischen Gnadenwort) sowie auch die persönliche Beichte und die bewusste Annahme und Feier des Buß- und Bettages ihre besondere Bedeutung. Es geht dabei nicht um klerikale Zudringlichkeit in Gewissensfragen oder um düstere Bußrituale, sondern es geht um die befreiende Kraft des Evangeliums und um das, was der große Neutestamentler und evangelische Propst zu Halle Julius Schniewind als „Freude der Buße beschrieben hat.“

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat sich kürzlich mit dem **Impulspapier „Kirche der Freiheit“** und dem Zukunftskongress in Wittenberg einen „Aufbruch in die Zukunft“ verordnet. Ein „Mentalitätswechsel“ soll sich einstellen, ein Ruck durch die Gemeinden und Landeskirchen gehen, das Jammern aufhören und die Verzagttheit zurückweichen. Nicht Furcht und Sorge sollen die Herrschaft über uns haben, wenn wir auf die Zahlen des kirchlichen Lebens in Deutschland schauen und auf die kommenden Jahrzehnte hochrechnen.

Buße und Umkehr im Lichte des Evangeliums, als entschiedene Hinwendung zu Jesus Christus (als der einzigen Mitte) und als Konzentration auf sein Wort und Evangelium gelebt, sind aber noch mehr als „Mentalitätswechsel“ und „Aufbruch“. Sie würden uns lehren, den Mangel an frohem Glaubens- und Lebensmut in unseren Gemeinden und Kirchen, den Mangel an selbstverständlichem Leben mit und aus der Bibel, den **Mangel an geistlicher Konzentration auf die Mitte Jesus Christus** und den

Mangel an Vertrauen in die Zukunft unter Gottes Wort und Verheißung zu erkennen, die wohl die eigentlichen Ursachen für die abnehmenden Zahlen und schwindenden Finanzen und Ressourcen sind.

Buße und Umkehr im Lichte des Evangeliums und im entschiedenen und konzentrierten Hören auf das Wort Jesu Christi würden uns auch erkennen lassen, inwieweit es in den vergangenen Jahrzehnten auch **falsche Prioritäten, theologische Irrwege und geistliche Nachlässigkeiten** waren, die bei vielen Menschen zu tiefen Enttäuschungen und zur **Abkehr von Glauben und Gemeinde** geführt haben. Die theologische und geistliche Konzentration auf Jesus Christus als die Mitte setzt Prioritäten, heißt aber nicht zwangsläufig Reduktion und schon gar nicht Zentralisierung oder Vereinheitlichung oder Überschätzung von struktureller oder ökonomischer Effizienz gegenüber dem Hören auf das Christuszeugnis der Schwestern und Brüder, der Akzeptanz der Vielfalt der Glaubens- und Lebensweisen, wenn nur die Zugehörigkeit zu Christus als Mitte erkennbar ist.

Dabei werden wir auch die sich in ganz unterschiedlicher Weise manifestierende **Freundschaft zu Jesus Christus** und seiner Gemeinde und ihren Aufgaben nicht gering schätzen. **Dietrich Lauter** hat vollkommen recht, wenn er sagt: „Kirche braucht Freunde“. Wir werden dabei nicht aufhören, sie respektvoll und zum Dialog bereit als Überzeugte überzeugend für Jesus Christus gewinnen zu wollen und sie auf einem längeren oder kürzeren Wege zur Taufe einzuladen.

Denn „wir können ja nicht lassen, von dem zu reden, was wir gesehen und gehört haben“ (Apg. 4,20) und das Evangelium auch allen gilt, die „fern sind, so viele der Herr unser Gott, herzurufen wird“ (Apg. 2,39). Gerade diese Worte zeigen, dass wir bei aller Anerkennung der Notwendigkeit eines missionarischen Aufbruchs und einer entsprechenden Methodik und entsprechender Projekte es doch immer deutlich bleiben muss, dass es im Grunde die Kraft des Evangeliums selbst und das Wirken Gottes, die Menschen Christen werden und Christen bleiben lassen.

Unsere Aufgabe ist es, das Evangelium an den Lebensorten der Menschen präsent werden zu lassen, die frohe Botschaft zu proklamieren und selbst zu leben und vor allen Dingen gegenüber einer Gottvergessenheit, gegenüber Theologieverdrossenheit, Patchwork-Frömmigkeit die Frage nach Gott und die Erfahrungen mit Gott in unserer Verkündigung und im Leben der Kirche und ihrer Gemeinden im Vordergrund stehen müssen, damit Menschen sich entscheiden können, zur Umkehr bereit werden und Freude am Gottvertrauen gewinnen.

Tröstlich ist dabei für mich, dass auch schon der Apostel Paulus mit einem Wachsen des Glaubens (2. Kor. 10,15), mit dem Wachsen in der Erkenntnis Gottes (Kol. 1,10), ein Zunehmen und einem Immer-reicher-Werden im Werk des Herrn (1. Kor. 15. 58) rechnet.

Jan-Gerd Heetderks, Präses der Protestantischen Kirche in den Niederlanden, hat in seinem Beitrag zum Zukunftskongress in Wittenberg darauf verwiesen, dass in den Niederlanden damit gerechnet würde, im Jahre 2020 nur noch 4 % Protestanten zu haben und andererseits das Vertrauen in die Kraft des Wortes Gottes es den niederländischen Protestanten auch erlaube, von Umkehr und Wachstum zu sprechen. Keinesfalls dürfe aber der Eindruck entstehen, dass Kirche im Grunde irgendwie „machbar“ sei und von uns ganz und gar gestaltet werden könne. Vielleicht könnten wir die Organisation von Kirche ändern, aber kaum die Herzen der Menschen.

Und wenn wir eine geistliche Veränderung wollten, so würden wir leider sowohl in den Niederlanden als auch in Deutschland mit Veränderungen in der Organisation und Politik der Kirche beginnen, während doch die Reformation des 16. Jahrhunderts nicht mit Vorschlägen zur Strukturveränderung der Kirche, sondern mit der erneuten Entdeckung des Wortes, mit der erneuten Entdeckung der täglichen notwendigen Umkehr und Buße und mit der entschiedenen Hinwendung zu Jesus Christus als der Mitte allen kirchlichen Lebens und Seins begonnen hätte.

Nur eine wirkliche Buß- und Umkehrbereitschaft hin zu Jesus Christus als der Mitte könne uns wieder dazu bringen, **vor allem** über die zentralen Glaubensfragen zu sprechen und **dann** natürlich auch über Veränderungen des Kurses der Kirche in Strukturfragen, aber nicht umgekehrt.

Wenn es im Papier „Kirche der Freiheit“ auf Seite 32 heißt: „Aufgabe der Kirche ist es, Menschen zu helfen, ihren Weg zu (...) Lebensgewissheit und zum Vertrauen auf die Güte Gottes zu finden, so ergibt sich daraus der Schluss, den die Kirchen in den Niederlanden mit dem Ziel formuliert haben, **nahe bei den Menschen zu sein**“.

„Was auch immer zu sagen ist über Kirche und Theologie, die Frage der Beziehung zu und der Gemeinschaft des individuellen Menschen mit den Herrn der Kirche ist letztendlich entscheidend“ (Jan-Gerd Heetderks).

II. Zur gesellschaftlichen Situation, in der die anhaltische Landeskirche ihr Zeugnis und ihren Dienst auszurichten hat

Die gesellschaftliche Situation in unserem Lande in den ersten Monaten des Jahres 2007 ist **trotz des konjunkturellen Aufschwungs** weiterhin durch **Massenarbeitslosigkeit** mit all ihren schwerwiegenden sozialen Folgen, durch die **Abwanderung** von Menschen der jungen und mittleren Generati-

on auf Arbeitssuche, durch den immer größeren Unterschied zwischen der Gewinnsteigerung für Großbetriebe (mit entsprechendem Anstieg der Managergehälter) und einem stagnierenden, ja sinkenden Einkommensniveau auf der Seite der Arbeitnehmer (verbunden mit prekären Arbeitsverhältnissen), kurzum durch die **sich weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich** gekennzeichnet.

Die Erwartungen, dass wirtschaftliches Wachstum und Gewinnmaximierung sich gleichsam „automatisch“ auch positiv auf die Verbesserung der sozialen Situation und zu einer Sicherung, wenn nicht gar Steigerung des allgemeinen Wohlstands führen würden, haben sich nicht erfüllt. Solidarität und soziale Verantwortung im Sinne des gesellschaftlichen Gesamtkonzepts der „Sozialen Marktwirtschaft“ wurden im Kampf um betriebswirtschaftliche Einzelinteressen zurückgedrängt und vielfach auch als „Gutmenschentum“ mehr hämisch belächelt als volkswirtschaftlich zu beachtende Kategorien ernst genommen.

Der konjunkturelle Aufschwung mit den sich erhöhenden Steuereinnahmen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der **Kapitalismus** weiterhin der sozialen „**Zähmung**“ (Marion Gräfin Dönhoff) durch entschlossen gesetzte politische Rahmenbedingungen bedarf. Im Interesse des sozialen und politischen Zusammenhalts unserer Gesellschaft auf der Basis von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erwarten die Menschen, dass sich eine am Gemeinwohl orientierte Politik nicht den Prioritäten und Anforderungen der kapitalistischen Ökonomie unterwirft, sich nicht zu schnell den Gesichtspunkten der Lobbyisten aus Verbänden und Vorstandsetagen anschließt, sondern auch auf die Stimmen derer hört, deren Existenznöte und Anliegen im allgemeinen Geschrei und Mediengetöse nur zu schnell überhört werden.

Politisch Verantwortliche, die sich trotz allen Spezialistentums einen **eigenen Überblick** verschaffen, sich eine **eigene Meinung** bilden und auch sich von als solchen erkannten Irrtümern abwenden, genießen in besonderer Weise das **Vertrauen der Menschen**. Wirtschaftsführer und Großbetriebsmanager, die Umkehr und Einsicht für Schwäche halten, sich von Irrwegen nicht abbringen lassen, bis die Arbeitsplätze von vielen tausend Menschen und damit ihre Existenz gefährdet ist und dennoch bei allen Fehlern ein vergleichsweise gewaltiges Ablösungs- oder Übergangsgeld kassieren, zugleich aber weiter als hochwichtige Berater und Aufsichtsratsmitglieder fungieren, wobei unter ihrer Führung Hunderte von Millionen Euro als Schmiergelder eingesetzt wurden, setzen das Vertrauen der Menschen in Moral und Gesinnung dieser ökonomischen Führungsschicht aufs Spiel. Diese **ökonomische Elite** hat nicht nur eine große ökonomische und damit auch viele, viele Menschen existenziell berührende **Macht**, sondern übt auch **ohne demokratisches Mandat** einen großen, aber kaum zu kontrollierenden politischen Einfluss aus. Hier hat natürlich die unabhängige freie Presse eine ganz wesentliche Aufgabe und Verantwortung.

Was ist nun die **Aufgabe und Verantwortung der Kirche Jesu Christi** in dieser gesellschaftlichen Situation und was ist die Aufgabe und Verantwortung der kleinen evangelischen Landeskirche Anhalts im Lande Sachsen-Anhalt und seiner Gesellschaft? Sicher sollten wir nicht als ökonomische Besserwisser auftreten und auch nicht mit schnellen und kaum von Fachkenntnis getragenen Urteilen von der Kanzel herunter sozusagen als „Morallehrer der Nation“ auftreten wollen. Es ist aber unsere Aufgabe und Verantwortung, den Menschen nah und fern das Evangelium gerade in seiner zur Umkehr befreienden Kraft zu verkündigen.

Was heißt das? Ich erinnere mich an die Zeiten vor 20 und 30 Jahren, als man uns lehren wollte, die „historischen Gesetzmäßigkeiten“ im Sinne des dialektischen Materialismus einzusehen, nach denen dem Sozialismus (nach sowjetischem Modell) Gegenwart und Zukunft unseres Lebens gehören sollten. Für den Glauben an Gottes Reich und Macht und für die Kirche Jesu Christi „war da in allen historischen Gesetzmäßigkeiten“ und ökonomischen sowie politischen „Sachzwängen“ kein Platz.

Viele Christen haben hier ihren Gottesglauben und ihr Gottvertrauen dem nicht gebeugt, sondern sind für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung nach seinem Wort und Willen eingetreten. Und das hatte - wie wir wissen - eine große menschliche und befreiende Kraft, die „allem Volke“ zugute kam.

Nun wird von uns die Einsicht in ökonomische Sachzwänge und Gesetzmäßigkeiten gefordert, die unser Leben bestimmen würden, **Geld regiere** nun einmal **die Welt**, ohne florierende Wirtschaft gäbe es nichts zu verteilen. Auch die Kirche brauche Geld und lebe vom ökonomischen Mehrwert. Darum habe sich **auch die Kirche nach den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und Sachzwängen** zu richten und ihre Strukturen, ihre Verwaltung, ihren Personaleinsatz, ihre diakonische Arbeit entsprechend zu strukturieren.

„Kirche muss sich rechnen“ hörte ich einmal aus berufenem Munde kurz nach der Wende 1989/90. Ja, wir arbeiten mit Geld, wir nehmen Geld ein und geben Geld aus. Wir verwalten öffentliches Vermögen. Wir entlohnen und versorgen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Geld. Wir bitten um Spenden und sammeln Kollekten und haben natürlich effizient und durchschaubar und rationell mit diesen Geldern und Vermögenswerten umzugehen.

Aber **Kirche lebt** nicht „vom Geld“, sondern **aus der Gegenwart des Reiches Gottes**, aus dem Geist des in ihrer Mitte lebendigen Jesus Christus und aus der Kraft seiner Gegenwart und seines Wortes. Kirche lebt und ist lebendig aus dem durch das Evangelium geweckten Gottvertrauen und Christusglauben der Menschen. Aus Geist und Glauben lebendige Kirchen und Gemeinden haben selten Finanz- und Mitgliedschaftsnöte. **Diese Einsicht setzt** bei aller Anerkennung ökonomischer und monetärer Gesichtspunkte **die Prioritäten**. Wir gewinnen diese Einsicht aus der Umkehr zur Mitte in Jesus Christus, aus der Konzentration auf sein Wort, aus dem Gehorsam gegenüber seinem Willen, aus dem Vertrauen in die Kraft und Gegenwart seines Geistes.

Daraus erwächst jene wunderbare und herrliche „**Freiheit der Kinder Gottes**“, die schon der Apostel Paulus bezeugt und aus der auch Dietrich Bonhoeffer gelebt hat und bis heute seine Anziehungskraft und Wirkung behalten hat. Die in der Geschichte der Kirche nachhaltig wirksamen Aufbrüche und Anstöße kamen wie die Reformation aus Umkehr, Buße und Einsicht. Die Christen haben ihre Mitmenschen immer dann besonders überzeugt, wenn sie überzeugend in der Freiheit der Kinder Gottes lebten und ohne Sorge, Zukunftsangst und Menschenfurcht danach lebten.

Diese befreiende Wirkung der Umkehr und täglichen Buße wird uns auch vor **geistlichem Hochmut und arrogantem Moralismus bewahren**. So werden wir auch vollen Respekt die am Gemeinsinn und an der Verantwortung für den Nächsten orientierte Handlungsweise jener Unternehmer und am Wirtschaftsprozess verantwortlich Beteiligten würdigen, die betriebswirtschaftliche Verantwortung und mitmenschliche Solidarität, Entscheidungsfreiheit und Verantwortung für die berufliche Existenz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beieinander zu halten suchen. Und es gibt viele solcher Unternehmerinnen und Unternehmer, insbesondere im Bereich des Handwerks und des Mittelstandes. Sind es doch die kleinen und mittleren Betriebe, die eine wichtige Rolle spielen, wenn es nach den weiterhin gültigen und hoch zu schätzenden Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in der nun globalisierten Wirtschaft darum gehen muss, den wirtschaftlichen Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit mit einem eigenen solidarischen Beitrag für Mitmenschen und Gemeinwesen zu verbinden.

Gerade weil **Mittelstand** und Handwerk oft „marktnah“, d.h. auf einem überschaubaren Raum, im Dorf, Stadtteil oder Region, bezogen sind, eine familiäre Prägung haben und in sozialer Nähe arbeiten, individuell angepasste Güter und Dienstleistungen erstellen, besitzen gerade sie besondere strukturelle Chancen, sich auf dem Markt mit sozialverträglichem und gemeinwohlorientiertem Wirtschaften zu behaupten. Die mittelständische Wirtschaftsform ist ebenso wie die Landwirtschaft als ganzheitliches Wirtschaften in überschaubaren, regionalen Räumen geeignet, Arbeit und Kapital, Wettbewerb und soziale Sicherung, wirtschaftlichen Erfolg und Teilhabe am Wohlstand, Freiheit und Solidarität, Gewinnerzielung und Gewinnbeteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in überzeugender Weise miteinander zu verbinden.

Aus der Sicht der evangelischen Kirche bedeutet das berechtigte Streben nach sozialer Gerechtigkeit im Kontext einer nun globalisierten Wirtschaft, für die Menschen gerade mehr als bisher Chancen und Beteiligungsgerechtigkeit zu gewährleisten. Unsere Gesellschaft braucht gerade in der Zeit der Globalisierung weiter die große Zahl kleiner und mittelständischer, selbstverantwortlich agierender Unternehmerinnen und Unternehmer, welche ihre soziale Verpflichtung kennen und zur Übernahme sozialer Verantwortung - übrigens oft aus christlicher Gesinnung - bereit sind.

Vom 24. - 26. November 2006 fand in unserer Evangelischen Akademie in Wittenberg eine **Tagung** unter dem Titel „**Gerechtigkeit ist mehr**“ als Teil des Vorbereitungsprozesses für die 3. Ökumenische Europäische Versammlung 2007 in Hermannstadt/Sibiu statt. Mitveranstalter der Tagung waren die Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, die Evangelische Landeskirche Anhalts, das Diakonische Werk, die gemeinsame Arbeitsstelle „Millenniumsziel und Armutsbekämpfung“ des Evangelischen Entwicklungsdienstes und der Aktion „Brot für die Welt“ und die „Werkstatt Ökonomie“. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Beschäftigung mit der Denkschrift des Rates der EKD „**Gerechte Teilhabe**“ vom Juli 2007 und die Kundgebung der letzten Synode der EKD unter dem Titel „**Gerechtigkeit erhöht ein Volk - Armut muss bekämpft werden - Reichtum verpflichtet**“ im November 2006. Die Ergebnisse der Beratung fassten die Teilnehmenden der Tagung in einer „Wittenberger Erklärung“ vom 26.11.2006 zusammen. Ich hatte die Tagung mit einem Beitrag eröffnet.

Bischof Axel Noack und ich haben dann die „Wittenberger Erklärung“ in einer **Pressekonferenz am 4. Dezember 2006 in Magdeburg** der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Zentrum stand die Frage, was Hartz IV-Empfänger oder Arbeitslose, Betroffene also, von Texten denken, welche Intellektuelle und Wissenschaftler, Privilegierte also, über das Thema Armut schreiben. In der Wittenberger Erklärung wurde der Rat der EKD und die Synode der EKD aufgefordert, „einen breiten Konsultations- und Umsetzungsprozess in Kirche und Gesellschaft mit dem Ziel anzustoßen, die bisherigen kirchlichen Positionspapiere zum Thema Armut und Reichtum im Sinne der Umkehr zum Wort Gottes zu überprüfen, sie zu konkretisieren und auch Reichtum und Macht der Kirche selbst dabei mit einzubeziehen. In der auch von Axel Noack und mir unterzeichneten Einladung zur Tagung in Wittenberg heißt es: „**Armut in Deutschland - das ist kein Sommermärchen, sondern bittere Realität für immer mehr Menschen.**“

Die „Wittenberger Erklärung“ hat dann angeregt, dass die 3. Europäische Ökumenische Versammlung 2007 in Hermannstadt/Sibiu zu einem europäischen kirchlichen Konsultationsprozess zu Armut, Reichtum und Gerechtigkeit aufruft. Denn die Probleme sind ja trotz des gegenwärtigen konjunkturellen Aufschwungs geblieben. Die Masse der in Lohn und Brot stehenden Arbeitnehmer, die Arbeitslosen sowieso, haben wenig davon. Für den Druck auf die Löhne werden die Sachzwänge der Globalisierung verantwortlich gemacht und die abhängig Beschäftigten müssen die Sozialleistungen „weitgehend allein finanzieren“ (vgl. Der Spiegel, Nr. 14 2007, S. 22). Gleichzeitig werden Strom und Lebensmittel immer teurer. Schwer Arbeitende sagen: „Wohlstand ist ein Traum, der mit ehrlicher Arbeit nicht mehr zu verwirklichen ist“ (vgl. a.a.O. S. 23). Fast 7 Millionen Deutsche gelten als „Niedriglöhner“, ihr Einkommen beträgt weniger als 2/3 des Lohnmittelwertes. Ökonomen sagen, dass dies so bleiben wird und sie „als **Verlierer der Globalisierung**“ weiter gelten müssten.

Arbeit in der Produktion ist aber immer weniger wert, weil irgendwo auf der Welt immer noch billiger produziert werden kann und weil wir Konsumenten der Moral des Marktes folgend das kaufen, was billig ist. Diese **Abwärtsspirale der Einkünfte aus Lohnarbeit** kann im Grunde nur durch die staatliche Festsetzung von (eventuell nach Regionen und Berufssparten gestaffelten) **Mindestlöhnen** gestoppt werden. Wie man sich auch drehen mag, es muss ein **garantiertes Grundeinkommen für Arbeitende** geben, das nicht niedriger sein darf als entsprechende Leistungen für Arbeitslose, wie dies hier und da z.B. bei den Gebäudereinigern, bei Friseuren oder in der Fleischindustrie der Fall ist. Hier muss es in Politik und Wirtschaft Umkehr und Einsicht geben, weil es um Respekt vor den Werten Gerechtigkeit und Menschenwürde geht, die zu den Grundlagen unserer Verfassung und unseres Gemeinwesens gehören.

Wie schlecht es um die materielle Situation der Arbeitnehmer in unserem Lande tatsächlich bestellt ist, zeigt eine neue Studie des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung von den Berliner Ökonomen Gert Wagner und Markus Grabka, deren erschreckender Befund lautet: Kaum eine andere soziale Gruppe hat in den vergangenen Jahren solche materiellen **Einbußen** hinnehmen müssen, wie die **der abhängig Beschäftigten**. Und fast 500.000 verdienen mit ihrer Vollzeitstelle so wenig, dass sie zusätzliche finanzielle Unterstützung in Form von Arbeitslosengeld II benötigen.

Dabei haben sich im Jahr 2006 die **Gehälter der Konzernvorstände** in den 30 größten Aktiengesellschaften unseres Landes **um bis zu 20 % erhöht** (vgl. „Handelsblatt“, zitiert nach: „Der Spiegel“ a.a.O. S. 25), in den vergangenen 10 Jahren sogar verdreifacht. Zur Festsetzung gesetzlicher, für die ganze Wirtschaft geltender Verdienstgrenzen nach unten, wie sie z.B. in Industrieländern wie Großbritannien, Frankreich, Irland und den Niederlanden existieren, fehlt in unserem Lande den politisch Verantwortlichen noch die politische Mehrheit.

Wir brauchen die Festsetzung einer sozialen Grundsicherung für den sozialen Frieden und die Erhaltung der Akzeptanz unserer freiheitlich-demokratisch strukturierten, marktwirtschaftlich orientierten sowie sozial fundierten Gesellschaftsordnung.

Der höchste **Nichtwähleranteil** war bei der letzten Bundestagswahl unter denen zu finden, die zur sogenannten „Unterschicht“, euphemistisch „Prekariat“ genannt, gehören. Viele kooperative, auf Konsens zielende Strukturen in unserer Gesellschaft, die (in den Interessengegensätzen und sozialen Auseinandersetzungen) für Sicherheit und Beständigkeit und auch für das Einhalten ethischer Standards gesorgt hatten, sind der enormen Produktivitätssteigerung und der führenden Stellung Deutschlands auf den Weltmärkten geopfert worden.

War dies nicht ein sehr hoher Preis, wenn Arbeitnehmer immer direkter den globalen Marktkräften ausgesetzt wurden, wenn die erhebliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit, die Entstehung eines gewaltigen Niedriglohnssektors und neuer Formen von Armut und zur weiten Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich gekommen ist und ethische Standards den Gesetzmäßigkeiten von Marktgerechtigkeit und Konkurrenzkampf geopfert wurden?

Da ist das **Konzept der Bürgerarbeit**, wie es zurzeit in Bad Schmiedeberg und in Barleben in **Sachsen-Anhalt erprobt** wird, durchaus ernst zu nehmen. Menschen wird das Gefühl genommen, nutzlos neben der Gesellschaft zu stehen und von ihr ohne die Möglichkeit zu Gegenleistung und Beteiligung alimentiert zu werden.

Es darf uns als Kirche nicht in Ruhe lassen, dass das **Armutsrisiko** in den letzten Jahren **weiter gestiegen** ist und die größte Gruppe unter den Armen Kinder sind. Wir werden am Leitbild einer an den Werten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientierten Sozialen Marktwirtschaft festhalten, also eines „demokratiefähigen Kapitalismus“ (Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ), eines „gezügelmten Kapitalismus“ (Marion Gräfin Dönhoff).

Wir werden nicht vergessen, dass der Kapitalismus den Menschenrechten, d.h. den politischen Teilhaberechten, den wirtschaftlich-sozialen Grundrechten und den bürgerlichen Freiheitsrechten durchaus feindlich gegenüber stand.

In einem geschichtlich konfliktreichen Lernprozess hat sich der **Kapitalismus** mit den christlich-biblich fundierten Menschenrechten arrangiert und wurde in der Sozialen Marktwirtschaft „gebändigt“.

Insofern ist die **Umkehr zu den biblischen Aussagen**, wie z.B. „Du sollst das Recht des Armen nicht beugen“ eine mindestens für die Kirchen notwendige Haltung.

In seiner Antrittspredigt in Nazareth ist Jesus gleich zu Beginn seines Wirkens zur Sache gekommen: „Er hat mich gesandt, zu verkündigen **das Evangelium den Armen**“. Der Apostel Paulus hat mit Nachdruck die Kollekte für die Armen in Jerusalem vorangetrieben, die erste Gemeinde in Jerusalem hat Diakone zur Versorgung der armen und hilfsbedürftigen Frauen eingesetzt. Das **Verhältnis von Reichtum und Armut** ist seit den Anfängen der christlichen Gemeinde ein **Thema geblieben**, das die Kirche Jesu Christi im Hören auf sein Wort immer wieder eingeholt und **zur Umkehr und Einsicht veranlasst hat**. Noch vor seinem lebensgefährlichen Auftritt vor dem Reichstag in Worms 1521 hat **Luther** für die Einrichtung eines „gemeinen Kastens“ in Wittenberg zum sozialen Ausgleich insbesondere für die Armen gesorgt.

Es bleibt dabei: „Gott steht in seinem Volk jederzeit unbedingt und leidenschaftlich auf dieser und nur auf dieser Seite: Immer gegen die Hohen, immer für die Niedrigen, immer gegen die, die ihr Recht schon haben, immer für die, denen es geraubt und entzogen ist“ (Karl Barth).

Generalsekretär Visser't Hooft, Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, hat auf der 4. Vollversammlung in Uppsala 1968 gesagt: „Es muss uns klar werden, dass die Kirchenglieder, die in der Praxis ihre Verantwortung für die Bedürftigen irgendwo in der Welt leugnen, ebenso schuldig sind wie die, welche die eine oder andere Glaubenswahrheit verwerfen“. 1979 erklärte die Vollversammlung der lateinamerikanischen katholischen Bischöfe in Puebla: „Wir bestätigen die Notwendigkeit der gesamten Kirche, im Sinne einer vorrangigen Option für die Armen mit Blickrichtung auf eine umfassende Befreiung“.

Damit sollen nicht die Armen gegen die Reichen ausgespielt werden und nicht behauptet werden, dass die Armen vor Gott die besseren und die Reichen vor Gott die schlechteren Menschen wären. Nur dürfen die Reichen nicht den „armen Lazarus“ vor ihrer Tür übersehen wollen.

Das gemeinsame Wort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1979 und jetzt die neue EKD-Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ wenden die Rede von der „Option für die Armen“ ausdrücklich auch auf die Situation in un-

serem Lande an. Es wird auch für unsere Landeskirche und ihre Gemeinden weiter gelten müssen, so wie ich dies schon in verschiedenen Berichten an diese Hohe Synode ausgeführt habe.

Auch wenn der derzeitige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück gesagt haben soll (vgl. ZZ Nr. 9/2006 S. 23): „Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die - und nur um die - muss sich Politik kümmern“.

Wenn wir bedenken, dass wir selbst als evangelische Landeskirchen in Deutschland - ob nun in Ost oder West - gegenüber anderen evangelischen Kirchen in der Dritten Welt zu den reichen Kirchen gehören, die nur einen geringen eigenen Beitrag für die Entwicklungshilfe leisten, dann merken wir, wie sehr da unsere eigene entschiedene und gehorsame Umkehr zum Evangelium erforderlich ist, das nach glaubwürdigen Zeugen verlangt.

Glaubwürdigkeit und Eindeutigkeit in unserem Zeugnis werden auch im Hinblick auf **Friedensverheißung und Friedensforderung des Evangeliums** von der Landeskirche und ihren Gemeinden auch künftig zu erwarten sein. Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und des atomaren Patts ist nun die Welt sehr viel komplizierter geworden und unser Land versucht nun auch mit militärischen Mitteln, den neuen Bedrohungen durch Terrorismus und Krieg weitab von unseren Landesgrenzen entgegenzutreten. Immer neu wird dabei die Frage zu bedenken sein, ob es sich dabei um gerechtfertigte Notwehr oder Nothilfe mit militärischen Mitteln handelt, die der Aussage in der Barmer Theologischen Erklärung, Art. 5 entspricht, dass ein Staat „nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht gelösten Welt,, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen“.

Aber ist diese Aussage nicht auf den Einzelstaat bezogen und kann das militärische Eingreifen in anderen Staaten und Ländern nicht nur im Rahmen einer weltstaatlichen Ordnung, deren Grundstrukturen wir in der UNO sehen können, mit klarer Zielstellung, Befristung und Verhältnismäßigkeit der Mittel angewandt werden? Hier hat uns der von den USA initiierte weltweite „Krieg gegen den Terror“ vor mancherlei Fragen und Probleme, u.a. nach der Geltung der Menschenrechte gestellt.

Zurzeit arbeitet die EKD an einer neuen **Friedensdenkschrift**. Viele erwarten eine Stellungnahme zur Wehrpflichtfrage, zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, zu den Friedens-, Versöhnungs- und Freiwilligendiensten. Dabei wird es keine Änderung des Grundsatzes geben können, dass in der **Zielrichtung christlicher Ethik stets der Frieden**, niemals aber der Krieg liegen könne.

Viele erwarten, dass die EKD Menschen dazu ermutigt, aus militärischen und politischen Sachzwängen heraus die **Umkehr auf den Weg zum Frieden zu wagen**. Die Absage an die Lehre vom gerechten Krieg wird aufrecht zu halten sein und das **Leitbild vom gerechten Frieden** wird weiter ausgeführt werden müssen. Dabei werden der rechtsstaatliche Schutz der Freiheit, die Suche nach dem ökonomischen Ausgleich, die **Stärkung der UN** und mit ihr des Schutzes vor widerrechtlicher Gewalt, der Stärkung des toleranten Umgangs mit ethnischen religiösen Minderheiten sowie die weitergeführte Abrüstung und die **Begrenzung des Waffenhandels** (vgl. Landminenverbot) sowie die **Stärkung der Rolle der zivilen Konfliktbearbeitung** (mit Früherkennung, Prävention, mit zivilen Interventionen und folgender Nachsorge) im Vordergrund des Interesses stehen. Leider sahen sich die beiden großen Kirchen in Deutschland gezwungen, der Bundesregierung eine expansive Rüstungsexportpolitik mit stark gestiegenen Ausfuhren von Rüstungsgütern in Entwicklungsländer vorzuwerfen.

Der Bevollmächtigte des Rates der EKD bei Bundestag und Bundesregierung, Prälat Dr. Stephan Reimers, berichtete bei der Vorstellung des Rüstungsexportberichtes 2006 der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ am 18.12.2006 in Berlin, dass im Jahre **2005 Kriegswaffen im Wert von 1,6 Milliarden ausgeführt wurden**. Das seien über 40 % mehr als im Jahr 2004. Das Volumen der Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter habe von 3,8 Milliarden Euro im Jahre 2004 auf 4,2 Milliarden Euro im Jahre 2005 zugenommen. Insbesondere die Lieferung von Handfeuerwaffen und leichten Waffen, welche das Fortdauern gewaltsamer Konflikte begünstigten, machten die Kirchen besorgt.

Die Logik der Reichtumsvermehrung für Kapitaleigner macht grundlegende Lebensgüter wie Nahrungsmittel, Wasser, soziale Sicherheit, Bildung und Gesundheit durch Privatisierung für immer mehr Menschen zu oft unerschwinglichen Gütern. Auf dem Markt können sich nur diejenigen bedienen, die über entsprechende Kaufkraft verfügen.

Während Staaten ihre sozialstaatliche Ordnung „deregulieren“ und Ausgaben im sozialen Bereich drosseln, führt die wachsende soziale Desintegration zur Eskalation von Gewalt, die viele Staaten zu immer intensiverer Regulierung von Sicherheitsvorkehrungen veranlassen. Hier hat das biblisch begründete christliche Zeugnis vom gerechten Frieden in den Gesellschaften und zwischen den Völkern und Staaten mit der Mahnung zur Umkehr zum Frieden, zum **Leben mit den anderen** und nicht nur zum **Schutz vor den anderen**. So brauchen wir neben der nun unausweichlichen ökonomischen Globalisierung auch die Globalisierung der Geltung der Menschenrechte, der sozialen Sicherung und des sozialen Ausgleiches, Globalisierung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Dazu wird auch der globale **Respekt vor** den Gesamtzusammenhängen des Lebens auf diesem Planeten gehören, die wir als **Schöpfung Gottes** bezeugen. Wir brauchen also auch einen „**gerechten Frieden**“ zwischen **Wirtschaft und Umwelt**. Wir dürfen uns mit unseren wirtschaftlichen Einzelinteressen nicht in Natur und Umwelt „wie im Feindesland“ (E. Bloch) bewegen.

In Ostdeutschland können wir bezeugen, dass in den letzten 15 Jahren deutliche **Fortschritte** bei der **verbesserten Energieeffizienz** und der **Senkung umweltschädlicher Emissionen** wie Kohlendioxid, Schwefeldioxid, Stickoxid oder Feinstaub gemacht wurden.

Die Emissionen von Stickoxid gingen in den letzten 15 Jahren um 41 % und bei Schwefeldioxid um 85 % zurück. Nur der Flächenverbrauch hat seither absolut um 13 % zugelegt (Quelle: Hubertus Bardt, „Umwelt-effizienz im internationalen Vergleich“, in: IW-Trends 4/2006). Im Vergleich von 30 Ländern (einschließlich USA, Kanada, Japan, Australien und Neuseeland) schneidet beim Wasserverbrauch, den Emissionen von Treibhausgasen, Stickoxid, Schwefeldioxid und Feinstaub sowie beim Energieverbrauch Deutschland relativ gut ab und liegt auf dem 7. Platz hinter Irland, Schweiz, Dänemark, Großbritannien, Österreich und Italien. Bei der Wassereffizienz liegt Deutschland allerdings auf Platz 15 und bei der Energieeffizienz auf dem 11. Platz. Bei der Befragung, die das Bundesumweltamt im Jahr 2006 durchgeführt hat, haben mehr als zwei Drittel der befragten Deutschen sich dahingehend geäußert, dass unser Land in der Klimaschutzpolitik vorangehen und sich nicht dem Tempo anderer Staaten anpassen solle.

Bei aller Anerkennung des Erreichten **steht uns eine wirkliche Wende** in unser aller Verhalten und Einstellung **noch bevor** gerade im Hinblick auf die globalen Klimaveränderungen und die Vernutzung unserer Umwelt. Der frühere US-Vizepräsident Al Gore hat in seinem Oskar preisgekrönten Film der Menschheit deutlich vor Augen geführt, wie **wenig Zeit** wir noch für **eine entsprechende Umkehr** haben.

Die globale Erwärmung - auch eine Erscheinung im Rahmen der ökonomischen Globalisierung - zusammen mit dem Abholzen, Abbrennen der Wälder und der Zerstörung anderer lebenswichtiger Biotop verursacht den Verlust von Lebensarten auf unserer Erde in einer rasanten Geschwindigkeit. Starben vor 65 Mio. Jahren die Dinosaurier infolge einer kosmischen Katastrophe aus, so sind wir Menschen es nun, die sich ihre eigenen Katastrophen global herstellen. Die Kohlendioxidemissionen haben dazu geführt, dass wir „buchstäblich die Beziehung zwischen der Erde und der Sonne verändert haben, das Energiegleichgewicht zwischen unserem Planeten und dem Rest des Universums. Die Erde strahlt weniger Wärme zurück. **Empfindliche Lebenssysteme welken, schmelzen, trocknen aus und verdorren**“ (Al Gore in: Vanity Fair, USA, 2006). Zugleich verändern die Kohlendioxidemissionen die Zusammensetzung der Weltmeere auf eine für das Leben gefährliche Art und Weise.

Es gibt führende Wissenschaftler, die behaupten, „dass wir bereits innerhalb der nächsten 10 Jahre an einen Punkt gelangen, von dem aus es kein Zurück mehr gibt“ (Al Gore, a.a.O).

Es gibt eine Fülle von Mahnungen und Hinweisen, aber es scheinen Mut und Einsicht zur Umkehr zu fehlen. Das bedeutet für uns als evangelische Kirche mit ihren Gemeinden, dass wir in unserem Eintreten für die Impulse aus dem konziliaren Prozess gerade im Hinblick auf den Aspekt „Bewahrung der Schöpfung“ entschieden und unnachgiebig einzutreten haben. Nur müssen wir dabei auch selbst **handeln**, uns **bewusst entscheiden** z.B. in der Art unseres Konsums, in liebender Aufmerksamkeit mit dem Leben und der Natur umgehen, in jener Haltung also, die Albert Schweitzer als „Ehrfurcht vor dem Leben“ beschrieben hat. Darin sollten wir uns von niemand übertreffen lassen.

Die Arbeit unseres früheren kirchlichen Forschungsheimes, das jetzt ein Arbeitsbereich unserer Evangelischen Akademie ist, hat uns schon viele Hilfen gegeben. Ich erinnere hier nur an die Einführung von Energiesparlampen zu einer Zeit, als dies noch ganz ungewöhnlich war. „Der entscheidende Moment ist gekommen. Letztendlich geht es nicht um wissenschaftliche Diskussionen oder um politische Debatten; es geht darum, wer wir als Menschen sind. ... Gefragt ist jetzt die Fähigkeit, ebenso nach unseren Herzen zu handeln wie nach unserem Verstand. Es ist eine **moralische, ethische und spirituelle Herausforderung**“ (Al Gore, a.a.O.).

Für die Evangelische Landeskirche Anhalts ist der **sensible und respektvolle Umgang mit der Elbe** und ihrer Flusslandschaft sowie das damit zusammenhängende Problem der Errichtung eines Saale-Elbe-Kanals zur Nagelprobe für die Ernsthaftigkeit und Nachhaltigkeit des Umweltschutzes in unserer Region geworden. Die Elbe ist Teil unseres Lebens, wir kennen viele ihrer Seiten (insbesondere nach der Hochwasserkatastrophe 2002) und fühlen uns vor Gott verantwortlich für dieses Stück vom Menschen mitgestalteter Schöpfung. Doch das Interesse an der Elbe ist sehr unterschiedlicher Natur: Umweltschutz, Hochwasserschutz, wirtschaftliche und andere Aspekte wollen miteinander bedacht und nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Mit dem 1. Elbe-Symposium in der Laurentiushalle der Anhaltischen Diakonissenanstalt 1997, mit dem 2. Elbe-Symposium im historischen und unmittelbar an der Elbe gelegenen Dessauer Restaurant „Kornhaus“ im Jahre 2004 hatte die Evangelische Landeskirche Anhalts **Interessengruppen zum Dialog eingeladen**, die oft einander mit Misstrauen begegnen. Auch wenn man am Ende nicht zu einem generellen Konsens kam und vielfache Meinungsunterschiede blieben, so hat es m.E. doch in mehreren Punkten Einigkeit gegeben:

- die weitere **Erosion** des Flussgrundes muss verhindert werden,
- eine „elbe-gemäße“ **Binnenschifffahrt** muss auch in Zukunft möglich sein,
- bei Flussbaumaßnahmen ist eine rechtzeitige und umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger in der jeweils betroffenen Elbereion unerlässlich. Es geht um **Transparenz** und Offenheit.
- Es geht um das **Leben und Arbeiten mit und nicht gegen den Fluss**. Der Fluss braucht Raum zum Leben.
- Für die Entwicklung **eines Gesamtkonzeptes Elbe** und einer „Strategie Elbe“ ist das Zusammenwirken von Bund und Ländern sowie zwischen den einzelnen Bundesbehörden und mit den Bürgerinitiativen und Naturschutzorganisationen unerlässlich.
- Aus der Elbe kann keine **Hochleistungswasserstraße** geformt werden. Das Ziel einer ganzjährigen Tauchtiefe von 1,60 m ist illusorisch.
- Neben den Interessen der Binnenschifffahrt und Hafenwirtschaft muss auch zunehmende Bedeutung der **Tourismuswirtschaft** im Elbebereich beachtet werden.

Ich danke dem ständigen Synodalausschuss für Kirche und Gesellschaft, Erziehung und Bildung, dass er das Thema des angemessenen Umgangs mit der Elbe erneut behandelt hat und im Hinblick auf die synodalen Beschlüsse der Evang.-Lutherischen Kirche von Hannover und der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen zum Thema Elbe nun seinerseits eine Beschlussvorlage zur **Bekräftigung unserer bisherigen Positionen** der anhaltischen Landessynode vorlegt.

Wir brauchen das Zusammenwirken der evangelischen Kirchen an der Elbe in dieser hochwichtigen Frage und suchen weiterhin das Gespräch mit den politisch Verantwortlichen und allen mit dem Thema „Elbe“ befassten Institutionen und Initiativen. Wir unterstützen deshalb das Projekt eines zentralen „Elbe-Kirchentages“ im April 2008 in Coswig/Anhalt für die Kirchengemeinden entlang der Elbe zwischen Dresden und Hamburg, zu dem auch die katholischen Pfarrgemeinden eingeladen werden sollen.

Wir begrüßen es, dass im Nachgang zur Beschlussfassung der Synode der Kirchenprovinz Sachsen und nach dem Gesprächsanbot von den Ministern Daehre und Wernicke im Kabinettsgespräch im letzten Jahr auf meine Anfrage zum Thema hin nun für den Juni ein Gespräch zwischen Vertretern der Landesregierung und den beiden evangelischen Kirchen sowie der Evangelischen Akademie sowie mit Fachleuten und weiteren Interessierten angesetzt worden ist.

Leider muss ich auch in diesem Bericht über die gesellschaftliche Situation wieder auf die **Bedrohung des gesellschaftlichen Friedens** und der Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens durch **extremistische Bestrebungen** eingehen. Diese Herausforderung darf nicht verharmlost werden, Gewöhnung und Gleichgültigkeit verstärken nur die Gefahren, welche von diesen extremistischen Bestrebungen insbesondere von rechtsradikaler Seite ausgehen. Die Zahl rechtsradikaler Straftaten hat in den letzten Monaten leider weiter zugenommen, wie wir den Medien und Verlautbarungen des Innenministeriums unseres Landes entnehmen konnten. Wir unterstützen deshalb die **Bündnisse für Demokratie und Toleranz** - gegen Rechtsextremismus und Gewalt.

Ein solches Bündnis hat sich im Januar 2007 nun auch in Bernburg konstituiert. Zum **Zeichen der Solidarität** unserer Landeskirche mit diesem Einsatz für Demokratie und Toleranz bin ich dem Bernburger Bündnis persönlich beigetreten und habe auch den Aufruf zur Bildung eines Netzwerks von solchen Bündnissen in Anhalt unterzeichnet. Die regionale Stelle Dessau der Evangelischen Erwachsenenbildung und unsere Evangelische Akademie in Wittenberg haben mehrfach zu Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen über den Rechtsextremismus eingeladen.

Bei der Wittenberger Tagung war ein Referat für mich von besonderem Interesse, das die neuheidnischen religiösen Vorstellungen (mit der Verehrung von germanischen Göttern, mit entsprechenden Ritualen usw.) behandelte. Für die Menschen, die diesen Vorstellungen anhängen, sind wir Christen Feinde, die aus religiösen Gründen bekämpft werden.

Es sind insbesondere die Themen **„Gemeinschaft“**, **„Gerechtigkeit“** und **„Solidarität“** sowie **„Menschenwürde“** und **„Identität“**, über die auch wir die inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Bestrebungen und Parteien suchen sollten. Machen wir uns nichts vor: **Das intellektuelle und demagogische Potential rechtsradikaler Parteien und Bestrebungen nimmt zu!** Es gibt NPD-Hochschulgruppen, einen hochdifferenzierten ausgebauten Schulungsapparat und eine in sich geschlossene Musikszene, die mit ihren Texten und ihrer Musik, die, unter der Hand verteilt und mit der Aura des Oppositionellen ausgestattet, vielfach Anklang unter Jugendlichen findet. In Wittenberg hörte ich, dass es in Bernburg eine solche Musikgruppe und in Köthen zwei solcher Musikgruppen geben soll.

Wir werden uns aber auch **gegen Hasstiraden** („Schlagt die Nazis tot!“), antidemokratische Bestrebungen und Gewalttätigkeiten **aus der linksradikalen Szene** zur Wehr setzen und wir werden sehr darauf zu achten haben, dass sich hier die extremen Potentiale nicht „gegenseitig hochschaukeln“ und die Räume der öffentlichen Wahrnehmung besetzen, so dass die Normalität zivilgesellschaftlichen Verhaltens und der Respekt vor demokratischen Institutionen im öffentlichen Bewusstsein immer weniger vorkommen.

Mich beunruhigt in diesem Zusammenhang sehr die **überaus niedrige Wahlbeteiligung bei den letzten Kommunalwahlen** in Sachsen-Anhalt. Trotz aller Aufrufe - ich selbst hatte auch einen veröffentlicht - haben viel zu viele Bürgerinnen und Bürger wohl den Eindruck, dass es auf ihre Wahlentscheidung und auf ihre demokratische Grundüberzeugung im allgemeinen Geschrei und im Gewirr der Einzelinteressen nicht mehr ankomme.

Ein Grund für die Wahlenthaltungen mag auch in der Unzufriedenheit mit dem Verfahren und dem Ergebnis der Kreisgebietsreform, speziell in unserer Region Anhalt, gesehen werden.

Von den Bürgerinnen und Bürgern eines demokratischen Staatswesens muss aber erwartet werden, dass sie sich für die gemeinsamen Angelegenheiten interessieren, also bereit sind, sich zu informieren und zu engagieren, zumal im eigenen Ort und in der eigenen Region, statt den „Staat“ oder die „Gesellschaft“ bloß als fremde oder gar feindliche Mächte zu sehen. Ohne Zivilcourage ist solches Engagement kaum möglich, ohne die Bereitschaft zur Verständigung mit anderen, etwa auch für gemeinsame Bürgerinitiativen, bliebe es schwach und zumeist erfolglos. Das Wahlrecht ist das wichtigste Recht der Bürgerinnen und Bürger, dessen Bedeutung sie viel zu oft unterschätzen.

Wer sagt: „Es ändert sich ja doch nichts“, übersieht leichtfertig, in welchem hohem Maße die Gewählten von ihren Wählern abhängig sind, denn sie brauchen ihre Zustimmung. Es sind die Wähler, welche die Spielräume der Parteien und Wählerinitiativen definieren. Wählerinnen und Wähler sollten für ihre politischen Entscheidungen nicht weniger Vernunft aufbringen, als sie es in ihren persönlichen Angelegenheiten tun.

Sie können aber auch von den Gewählten erwarten, dass diese sich am Gemeinwohl orientieren und nicht nur am eigenen Interesse, wieder nominiert und wieder gewählt zu werden. Wie diese Gewählten in der Mehrzahl mit diesem Dilemma umgehen ist entscheidend dafür, was freiheitliche Wahlinstitutionen zu leisten vermögen. Zugleich ist die Gemeinwohlorientierung auf der einen Seite und die Orientierung an den Wünschen, Erwartungen, Befürchtungen und Sorgen der Wählerinnen und Wähler auf der anderen Seite miteinander in ein angemessenes Verhältnis zu bringen.

Um diese Haltung der Landeskirche auch in der Öffentlichkeit präsent werden zu lassen, habe ich mich gerne bereit gefunden, zusammen mit dem DGB-Gewerkschaftsvorsitzenden ein **Wahlforum** mit den Oberbürgermeisterkandidaten für Dessau zu moderieren.

Am 27. März 2007 begann vor dem Landgericht Dessau nach einer langen Zeit der Vorbereitung der **Prozess zur Aufklärung der Ursachen des Todes von Ouri Yalloh im Polizeigewahrsam**. Es gab in Dessau Sorgen und Befürchtungen, dass es am Rande des Prozesses zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen könnte. In einem Aufruf zur Gewaltlosigkeit habe ich das Recht zur Versammlungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung ebenso wie die Unverletzlichkeit der Menschenwürde und die Unabhängigkeit der Rechtsprechung betont und dazu aufgerufen, Gewalttätigkeiten mit Mut und Zivilcourage entgegenzutreten und dabei die Polizei zu unterstützen.

Ich habe die Haltung des Stadtrates von Dessau und des amtierenden Oberbürgermeisters, Herrn Karl Gröger, gegenüber der Mutter von Ouri Yalloh und den Prozessbeobachtern ausdrücklich begrüßt und nehme dankbar zur Kenntnis, dass die Demonstranten sich bisher jeder Gewalttätigkeit enthalten und vielmehr den Dialog und den Meinungsaustausch gesucht haben.

An dieser Stelle möchte ich noch auf ein Problem eingehen, das uns Kirchen schon seit langer Zeit auch in unserem Bundesland beschäftigt. Es geht dabei um die **Aufrechterhaltung des gesetzlichen Schutzes der Sonn- und Feiertage**. Die aus Vertretern der 23 Gliedkirchen der EKD bestehende „Kirchenkonferenz“ hat in ihrer Sitzung am 28./29.03.2007 die Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz ausdrücklich im Vorhaben unterstützt, wegen des neuen Berliner Ladenschlussgesetzes vom 17. November 2006, das kein Bekenntnis zum grundsätzlichen Sonn- und Feiertagsschutz mehr enthält und die generelle Ladenöffnung z.B. an allen vier Adventssonntagen vorsieht, mit einer Verfassungsbeschwerde vor das Bundesverfassungsgericht zu gehen. Zugleich hat die Kirchenkonferenz der Planung einer neuen Kampagne zum Schutz der Sonn- und Feiertage unter dem Slogan „Gott sei Dank, es ist Sonntag. Evangelische Kirche“ zugestimmt.

Schließlich möchte ich noch ein Problem ansprechen, das von uns nicht hingenommen werden kann. Es geht darum, dass die **Jugendweihe** nach wie vor an Schulen propagiert wird und in ganzen Klassen so etwas wie ein **Gemeinschaftszwang** gegenüber denen entsteht, die sich nicht an der Jugendweihe beteiligen wollen. Vielfach sind die Eltern uninteressiert und bedenken nur den Aspekt der Familienfeier.

Die Zahl der Jugendweiheteilnehmer ist genau so wie die der Teilnehmer an der Konfirmation infolge des Geburtenrückganges nach der Wende deutlich gesunken. Beteiligten sich in Sachsen z.B. im Schuljahr 2001/2002 noch 33.000 Schüler an der Jugendweihe, nehmen im Jahr 2007 nur noch rund 10.100 Jungen und Mädchen daran teil (= 69,4 %), wie der sächsische Verband für Jugendarbeit und Jugendweihe (Dresden) mitteilte. In Sachsen-Anhalt ist die Zahl der Teilnehmer von 7.091 im Jahr 2006 auf 5.600 im Jahr 2007 zurückgegangen. In Sachsen werden sich mit rund 4.200 Jugendlichen 800 weniger als im Jahr 2006 konfirmieren lassen. Im Bereich von Berlin-Brandenburg steigt die Zahl der Konfirmandinnen und Konfirmanden (Brandenburg 2001 = 8,2 % aller Schülerinnen und Schüler, 2006 = 16,5 %; in Berlin 2001 rund 12,2 % zum Jahr 2006 14,2 %).

Auf zwei Dinge möchte ich in diesem Zusammenhang hinweisen.

1. Die Jugendweihe ist nach wie vor nicht so ideologiefremd wie es vielen erscheint.

Am 04. Mai 2002 trafen sich unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters von Berlin aus Anlass des 150. Geburtstages der Jugendweihe Vertreter der 3 wichtigsten Anbieter von Jugendweihen, die Jugendweihe in Deutschland (JWD), der humanistische Verband Deutschlands (HVD) und der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften (DVW). Schon diese Zusammensetzung zeigt, dass der stets weltanschaulich Neutralität für sich in Anspruch nehmende „Verband Jugendweihe in Deutschland“ durchaus den Schulterschluss mit denen nicht meidet, die unter der Jugendweihe ein kirchenkritisches und christentum-kritisches Fest verstehen. Trotz des früher verlangten Bekenntnisses zum Sozialismus und zur Waffenbrüderschaft mit der Sowjetunion in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt wird die JWD als „Träger der freien Jugendhilfe“ anerkannt. Die wenigen hauseigenen Publikationen der JWD sind vergleichsweise kirchen- und religionskritisch trotz aller Beteuerung ihrer weltanschaulichen Neutralität, das wurde besonders deutlich an der im Sommer 2001 erschienenen Broschüre „Freier Blick. Blätter für die Jugend zu Fragen unserer Zeit“. „Das Heft durchzieht eine scharfe antireligiöse Attitüde“ (Andreas Fincke). Darin wird die Geschichte der Kirche auf die „Kriminalgeschichte des Christentums“ und auf „ungerechtfertigte Herrschaftsverhältnisse“ reduziert.

2. Ich möchte zugleich darum bitten, dass die Konfirmation weiterhin von uns mit viel Liebe und Fantasie und Kreativität angeboten und gestaltet und wo nötig auch verändert wird. Ich sehe da

in der regionalen Zusammenarbeit ein großes Potential. Wir müssen uns auch **über das Konfirmandenalter** und die **Gestaltung der Konfirmandenzeit** überhaupt weiter grundsätzlich Gedanken machen. Und ich bitte die Synode, das auch zu ihrer Sache zu machen. Auf jeden Fall zeigt die Existenz der Jugendweihe, was für einen großen Bedarf es an Lebensbegleitung und auch an Übergangsritualen in einer säkularisierten und entkirchlichten Gesellschaft gibt.

III. Die Evangelische Landeskirche Anhalts in der Gemeinschaft mit anderen Kirchen und in der Begegnung mit anderen Religionen

a) Zur ökumenischen Situation

Die Erwartung in unserer Gesellschaft ist groß, dass die **christlichen Kirchen den Christusglauben gemeinsam bezeugen**. Dies würde bedeuten, dass sie sich in ihrem Zeugnis und Dienst auf die gemeinsame Mitte in Jesus Christus ausrichteten, sich neu gemeinsam unter sein Wort und Gebot stellten und sich von bisherigen eigensüchtig und beharrlich gegeneinander verwalteten ideologischen Besitzständen abwenden und lösen würden. Es wäre ein deutliches und kräftiges Christuszeugnis! Wenn wir in dem allen christlichen Kirchen gemeinsamen Glaubensbekenntnis von Nizäa-Konstantinopel den **einen Gott** und den **einen Herrn Jesus Christus** und den **einen Geist** gemeinsam bezeugen (vgl. 1. Kor. 8,6 und 12,4), so haben wir im Hören auf das Wort der Heiligen Schrift **eine gemeinsame Mission, einen gemeinsamen Auftrag und eine im Kern gemeinsame Botschaft**.

Wenn wir uns **gemeinsam** auf die Mitte in Jesus Christus ausrichten und **gemeinsam** seinem Wort gehorchen und **gemeinsam** zur einen, heiligen, allgemeinen und apostolischen Kirche bekennen (Glaubensbekenntnis von Nizäa-Konstantinopel, Art. 3), dann schulden wir uns gegenseitig und den Menschen um uns her auch das Eingeständnis, dass wir diese **Mitte nicht ausschließlich für unsere Kirche** beanspruchen können und zugleich schulden wir einander die demütige Bereitschaft, uns dem **einigenden Wirken des Geistes zu öffnen**. Wenn wir die eine Taufe zur Vergebung der Sünden bekennen, gemeinsam die Auferstehung der Toten erwarten und das Leben der kommenden Welt, dann wird dieses gemeinsame Zeugnis nach meiner Hoffnung eine große, anziehende und missionarisch überzeugende Kraft haben.

Das gemeinsame Christuszeugnis wird die Identität der einzelnen Kirchen und ökumenischen Partner nicht zerstören! Weil Menschen ja in konkreten Gemeinden und Kirchen mit ihren jeweiligen kirchenkulturellen Identitäten auch eine **geistliche und menschliche Heimat finden** wollen, ist es wichtig, dass die unterschiedliche Ausstattung der vielen Wohnungen „im Hause des Vaters“ (im Reich Gottes) auch weiter wahrnehmbar sind.

Aber die Menschen sollen auch erfahren, dass alle diese Kathedralen, Klöster, Kapellen und Gemeindehäuser auf das **gleiche Zentrum**, auf die **gleiche Mitte** ausgerichtet sind und dem **gleichen Zweck** dienen: dass sie **Gott in Jesus Christus und seinem Reich begegnen** und indem sie sich immer konsequenter auf diese Mitte ausrichten, sie auch einander immer näher kommen.

Nicht die strukturelle Vielfalt der Kirchen in der Ökumene oder sei es auch die der 23 Landeskirchen in der EKD ist heute das missionarische Problem, sondern die **Undeutlichkeit im gemeinsamen Zeugnis** sowie die Trägheit in der Bereitschaft zur Umkehr.

Die Menschen haben sich in Scharen von unseren Kirchen getrennt, nicht weil es 23 oder 24 sehr große und ganz kleine Gliedkirchen der EKD oder soundsoviel katholische Bistümer in Deutschland gibt, sondern weil sie das **Zeugnis der Zeugen nicht überzeugend** fanden. Haben wir ihnen in der Vergangenheit deutlich genug gezeigt, wie sehr sie dem Herrn Christus im Reich Gottes fehlen und wie sehr uns diese Trennung schmerzt? Oder sind wir schnell darüber hinweggekommen, weil wir ja so sehr mit uns selbst beschäftigt waren und uns viel zu wenig die Frage stellten, was Gott uns damit vor Augen stellen und „was Jesus dazu sagen würde“ (M. Niemöller). Das Gebetswort Jesu Christi: „Ich bitte ... auch für die, die durch ihr Wort an mich glauben werden, damit sie alle eins seien“ (Joh. 17,20f), könnte für manche ökumenische Veranstaltung nicht nur Anlass zur Klage über die derzeitige „ökumenische Zwischeneiszeit“, sondern auch **Anstoss zur gemeinsamen Buße** sein.

Ein deutliches Zeugnis wäre weiterhin die **gegenseitig erklärte Gastbereitschaft beim Heiligen Abendmahl**. Die anhaltische Landeskirche wird jedenfalls an dieser Gastbereitschaft gegenüber allen getauften Christen festhalten, die mit uns die Überzeugung teilen, dass „sich der auferstandene Jesus Christus in seinem für alle dahingegebenen Leib und Blut durch sein verheißendes Wort mit Brot und Wein“ schenkt (Leuenberger Konkordie, Art. 18).

Sehr bedeutsam ist auch die **gegenseitige Anerkennung der Taufe**, die mit einem Text vom 28. April 2005 ausgesprochen wurde und inzwischen von der orthodoxen Kirche in Deutschland, der Armenisch-Apostolischen Kirche in Deutschland, der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche in Deutschland, dem katholischen Bistum der Altkatholiken in Deutschland, der Römisch-Katholischen Deutschen Bischofskonferenz, der EKD, der Selbständigen Evang.-Lutherischen Kirche in Deutschland, der Evang.-Methodistischen Kirche in Deutschland, der Evang.-Altreformierten Kirche in Deutschland und von der Evangelischen Brüderunität unterzeichnet wurde. Im Text der gemeinsamen Erklärung heißt es: „Diese wechselseitige Anerkennung der Taufe ist Ausdruck des Jesus Christus gründenden Bandes der Einheit (Eph. 4,4-6). Die so vollzogene Taufe ist einmalig und unwiederholbar“.

Die anhaltische Landeskirche wird wie bisher an der **ökumenischen Zusammenarbeit** insbesondere mit der römisch-katholischen und mit der orthodoxen Kirche sowie mit den evangelischen Freikir-

chen im Rahmen auch der ACK Sachsen-Anhalt und der ACK-Deutschland festhalten und ihrerseits das Möglichste tun, um diese Gemeinschaft im Sinne der von mir beschriebenen Haltung zu pflegen und auszubauen.

Auch wenn wir feststellen müssen, dass zur Zeit das Thema Ökumene nicht gerade „dran“ ist, so haben wir den Ökumenetag Ende Januar in Dessau genauso mitgestaltet und mitgetragen, wie wir auch diese Veranstaltungen im Elisabethjahr 2007 insbesondere mit dem Ökumenischen Studientag in Freiburg auf der Neuenburg genauso wie die anderen, nun lange zur Gewohnheit gewordenen **ökumenischen Aktivitäten** wie den Ökumenischen Jahresempfang der Kirchen für Landtag und Landesregierung in Sachsen-Anhalt sowie den ökumenischen Gottesdienst zur Eröffnung des Sachsen-Anhalt-Tages **mitgestalten**.

Wir werden auch weiterhin **unser missionarisches Glaubenszeugnis** hier im Bundesland Sachsen-Anhalt und insbesondere in der anhaltischen Region **in den Zusammenhang der weltweiten Christenheit stellen**, um daraus zu lernen und das Zeugnis der Weltchristenheit auch mit unserer „kleinen Kraft“ zu stärken (vgl. Apk. 3,8).

Eine wesentliche Bedeutung wird der ökumenische Kirchentag im Jahre 2010 in München für die **Formulierung neuer ökumenischer Leitbilder** und Visionen haben.

Auch in Zukunft werden die **drei Themen „Wesen und Auftrag der Kirche“**, **„Das Amt und die Ämter in der Kirche“** und schließlich **„Die Feier des Heiligen Abendmahles“** besondere ökumenische Arbeit und Verständigung erfordern.

Im Zusammenhang mit der **Amtsfrage** hat es von Seiten der römisch-katholischen Kirche irritierten Protest gegen ein Papier der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) zum Thema „Allgemeines Priestertum, Ordination und Beauftragung nach evangelischem Verständnis“ gegeben. Das VELKD-Papier wurde dann zwei Jahre lang heftig diskutiert und schließlich im November 2006 veröffentlicht. Nach Art. 14 des Augsburgischen Bekenntnisses ist in den evangelischen Gemeinden zur öffentlichen Verkündigung des Evangeliums und Predigt und Sakrament nur befugt, wer dazu „ordnungsgemäß berufen“ ist. Der entscheidende Begriff ist der der **„ordnungsgemäßen Berufung“**, mit welcher der Auftrag zur schriftgemäßen öffentlichen Wortverkündigung und zur der Einsetzung durch Jesus Christus gemäßen Feier der Sakramente durch Kirche und Gemeinde erteilt wird. Ich habe zu dieser Frage schon in früheren Berichten vor der Landessynode Stellung genommen.

Der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Walter Kardinal Kasper, hat in einem am 11. Januar 2005 in Rom verbreiteten Text das **evangelische Ordinationsverständnis scharf kritisiert** und vom Einreißen ökumenischer Brücken durch die evangelischen Partner gesprochen. Den römisch-katholischen Partnern sollte deutlich sein, dass die Amtsauffassung in der evangelischen Kirche vom Grundsatz des mit der Taufe konstituierten **„allgemeinen Priestertums der Glaubenden“** bestimmt ist. Wenn man von einer geistlichen Bevollmächtigung und einer besonderen Würde vor Gott sprechen will, so wird diese mit der Taufe verliehen. Eine weitere durch Weihenhandlungen bewirkte Unterscheidung zwischen den getauften Gemeindegliedern kennt die evangelische Kirche nicht.

Auf dem Wege der „ordentlichen Berufung“ (CA 15) beauftragen Kirche und Gemeinde mit der **Ordination** dafür speziell ausgebildete Gemeindeglieder, um der Ordnung in der Kirche willen und um der Einheit und Kontinuität der Lehre und des Bekenntnisses willen mit der Wahrnehmung des öffentlichen Predigtamtes (verbunden mit der Sakramentsdarreichung).

Der **Theologische Ausschuss** unserer Synode wird das **Ordinationspapier der VELKD** genauso beraten wie zur Zeit die **Studie „Wesen und Auftrag der Kirche“** des Ökumenischen Rates der Kirchen, das auch unter Beteiligung von orthodoxen und römisch-katholischen Theologen seit 1993 arbeitet und nun im Januar 2006 den Mitgliedskirchen des ÖRK zur Stellungnahme vorgelegt worden ist. Ich danke dem Theologischen Ausschuss für seine intensive Auseinandersetzung mit diesem ökumenisch hochwertigen Text. Die Ergebnisse werden wir dann in der Kirchenleitung zusammenfassen und an die EKD weiterleiten.

b) Die Mitarbeit der Evangelischen Landeskirche Anhalts in der Union Evangelischer Kirchen in der EKD

Diese Mitarbeit gestaltet sich weiterhin **unproblematisch**. Anhalt war ja schon im Jahre 1960 von sich aus der Evangelischen Kirche der Union (ehemalige preußische Landeskirche) als (wie die Pfalz und Baden) konsensunierte Kirche beigetreten. Die Vollkonferenz der UEK wird in ihrer Tagung am 04.05.2007 theologische und kirchenpolitische Schwerpunkte der UEK für die Jahre 2007 - 2009 beraten. Es hat sich gezeigt, dass die UEK anders als ursprünglich gedacht, **über das Jahr 2009 hinaus Bestand haben wird**.

In den nun zu beschließenden **Änderungen der Grundordnung der UEK** wird die Amtsdauer der Vollkonferenz auf 6 Jahre festgelegt, die dann der Amtszeit der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland entspricht, wobei die **Mitglieder der Vollkonferenz** zugleich die EKD-Synodalen und die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedskirchen in der Kirchenkonferenz und im Rat der EKD sind. Auch in Zukunft werden alle Mitgliedskirchen der UEK im **Präsidium** vertreten sein.

Die Änderungen der Geschäftsordnung der UEK laufen darauf hinaus, dass ein terminlich und strukturell möglichst mit den Gremien der EKD abgestimmtes Strukturkonzept formuliert wird. Es bleibt allerdings der Eindruck, dass das **Amt der UEK** im Verhältnis zum Kirchenamt der VELKD, die beide nun in das Kirchenamt der EKD integriert sind, zahlenmäßig doch recht **schwach besetzt** ist. Mit dem Ende des Jahres 2006 ist die **Kirchenkanzlei in der Berliner Jebensstraße aufgelöst** worden und die Arbeitsfelder der UEK stehen nun auf dem Prüfstand: Inwieweit können diese oder jene Bereiche unter der Obhut der EKD gestellt werden? Wo gibt es noch Doppelstrukturen, die zügig vereinfacht werden müssten?

Das **theologische und kirchengestaltende Erbe der UEK** (insbesondere der EKU) soll weiterhin in der EKD ohne Substanzverlust zur Geltung gebracht werden und damit zur Stärkung auch der EKD beitragen.

Eine besondere Stärke der UEK/EKU war und ist die **theologische Arbeit im unierten Kontext**. So wird der theologischen Ausschuss der UEK das Thema „Die Personalität der Dreieinigen Gottes“ behandeln, die das gemeinsame reformatorische Erbe der lutherischen, reformierten und unierten Mitgliedskirchen der EKD auch im Bezug auf die Barmer Theologische Erklärung zur Entfaltung bringen wird.

In jüngster Zeit ist die Frage gestellt worden, ob das **Augsburgische Bekenntnis**, das in der anhaltischen Landeskirche seit 1534 in Geltung steht, zu einer **Bekenntnisgrundlage in der EKD** insgesamt werden kann. Dabei wird die UEK auch die Frage einbringen, ob nicht der Heidelberger Katechismus von lutherischer Seite als gemeinsames Bekenntnis anerkannt werden kann. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf meinen Bericht an die Landessynode aus dem Herbst 2005.

Die UEK wird den EKD-Reformprozess „Kirche der Freiheit“ konstruktiv begleiten und dabei insbesondere die Beschreibung der Kirche als „**Kirche der Freiheit**“, den **Qualitätsbegriff** sowie den **Wachstumsbegriff** einer evangelisch-theologischen Kritik unterziehen.

In der ökumenischen Arbeit will die UEK die **Kirchengemeinschaft mit der UCC** für die EKD fruchtbar werden lassen und auch im Rahmen der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (Leuenberger Kirchengemeinschaft) weiterhin eine konstruktive Rolle übernehmen.

In ihrer liturgischen Arbeit hat die UEK mit ihren Agenden zur Bestattung und zur Trauung die Revision ihrer Amtshandlungsagenden abgeschlossen und wird nun zusammen mit der VELKD den Band „Einführung und Ordination“ überarbeiten.

Die Evangelische Landeskirche Anhalts wird sich nach Kräften an dieser Arbeit beteiligen, der Einsicht folgend, dass sie auch bisher von der theologischen, liturgischen und kirchenrechtlichen Arbeit der UEK/EKU wesentlich profitiert hat.

c) Die Mitarbeit der Evangelischen Landeskirche Anhalts in der Gemeinschaft der EKD

Das Erscheinungsbild unserer Landeskirche in der Gemeinschaft der EKD ist seit dem Sommer vorigen Jahres auch durch das zu dieser Zeit veröffentlichte **Impulspapier der EKD „Kirche der Freiheit“** bestimmt worden. Unsere Landeskirche wurde durch die in dem Papier mitgeteilten Zahlen vor einer interessierten Öffentlichkeit „gleichsam auf den Tisch gesetzt“. Da ergaben sich nun mancherlei Fragen nach der **Qualität der Arbeit kleiner Kirchen** auch in der Zukunft, nach der **Notwendigkeit ihres schnellen Anschlusses an größere Landeskirchen**, nach ihrer „**Blockadementalität**“ und ihrer „**Bonsai-Existenz**“ usw.

Wie Sie wissen, waren wir fest entschlossen, uns durch diese Fragestellungen nicht von einer konstruktiven und die Impulse aufnehmenden und für unsere Ausrichtung von Zeugnis und Dienst weiterführenden Mitarbeit abhalten zu lassen. So habe ich Oberkirchenrat Thomas Begrich zum **Gesamtmitarbeitertag** eingeladen und OKR Dr. Gundlach, der zweite Geschäftsführer der das Impulspapier vorbereitenden Arbeitsgruppe, war Referent bei der **Herbsttagung 2006 unserer Landessynode**. Auch das Vorfeld des Zukunftskongresses in den letzten Tagen des Januar 2007 in Wittenberg war noch von diesen Fragestellungen bestimmt. Inzwischen hat sich das gelegt.

Es gab allerhand **ungemütliche Mediendarstellungen**, z.B. in einem weniger eigenen Recherchen als vielfach uns nicht wohlgesonnenen Gesprächspartnern folgenden Spiegel-Artikel und manche besorgte Nachfragen, wie eine Existenz wie die unsrige denn überhaupt zu leben und auch zu rechtfertigen wäre. Ich habe das immer **als Chance** gesehen, von unserer Arbeit zu berichten und auch zu zeigen, wo wir schon in ähnliche oder gleiche Richtung gedacht und entschieden hatten. Auffallend war, wie **wenig** wir in den Gliedkirchen der EKD **voneinander wissen** und wie schnell man sich mit irgendwelchen Gerüchten oder Etiketten für die Meinungsbildung begnügt. In dieser Vorfeldphase zum Zukunftskongress gab es **wenig wertschätzendes Interesse für das missionarische Zeugnis unserer Gemeinden** und unserer Werke und Einrichtungen, für den hohen Einsatz unserer haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die guten Erfahrungen, die wir mit unseren Kirchentagen, mit unseren Kinder- und Jugendcamps, mit Schulprojekten, mit anderen missionarischen Projekten usw. machen.

Die **Umkehr** brachte der Zukunftskongress, den ich im Ergebnis als hochkompetent, ermutigend und weiterführend im Gedächtnis behalten werde. Er war methodisch und inhaltlich ausgezeichnet vorbereitet, die meisten Beiträge hatten ein hohes Niveau und die Atmosphäre war aufgeschlossen und konstruktiv.

Der einleitende **Hauptvortrag** am Abend des 25.01.2007 vom Ratsvorsitzenden, Bischof Dr. W. Huber, mit dem Titel „Evangelisch im 21. Jahrhundert“ bot eine eindrucksvolle theologische und geistliche Begründung für das Impulspapier und die inhaltliche Ausrichtung des Kongresses. Das **Eröffnungsplenum** unter der charmanten und stringenten Moderation von Dr. Petra Bahr bot Gelegenheit zum Vortrag von ausgewählten schriftlichen Beiträgen zum Kongresssthema. Diese Beiträge waren durchweg **niveauvoll** und **anregend** und präsentierten den deutschen Protestantismus hinsichtlich seiner Reformbereitschaft und seiner gesellschaftlichen Verantwortung in einer guten Weise.

Für mich war die **Bibelarbeit** von Prof. Dr. Eberhard Jüngel zur Geschichte von Abraham und Loth in ihrer theologischen Tiefe und menschlichen Weisheit ein besonderer Höhepunkt des Kongresses. Mir sind die Bemerkungen nachgegangen, dass der Satz des Abraham für Loth „Wir sind doch Brüder“ auch bedeute, einander „leben zu lassen“. Das hieße auch, die „Kirche im Dorf zu lassen“, aufeinander weiter Acht zu haben und füreinander aus Gottvertrauen weiter Hoffnung zu haben.

Der **Abschlussgottesdienst** mit der fröhlichen Predigt von Bischof Axel Noack in der Stadtkirche St. Marien zu Wittenberg führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses noch einmal am Tisch des Herrn beim Heiligen Abendmahl zusammen.

Aus Anhalt nahmen die drei gesetzten Vertreter, Präses Dr. Fülle und der Leitende Jurist, OKR W. Philipps, und Kirchenpräsident Klassohn als der Leitende Geistliche, Kreisoberpfarrer Lauter für den Ordnungsausschuss der Synode, Pfarrer Pfenigsdorf für den Gemeindedienst und Landespfarrer Martin Bahlmann für die Kinder- und Jugendarbeit teil.

Die **Eindrücke aus den Foren sind unterschiedlich**. Mein Eindruck aus dem Forum 11, wo es um den „funktionierenden Föderalismus in der EKD“ mit unterschiedlich großen Landeskirchen ging, ist zwiespältig. Der Moderator, Präses Strenge von der Synode der Nordelbischen Kirche, empfing mich bei meiner Ankunft schon mit der wohl als Scherz gemeinten Bemerkung, dass es ja darum ginge, „Anhalt abzuschaffen“. Und so ging es in den Gesprächen am Rande immer auch weiter.

Wichtige **Diskussionspunkte** waren u.a.:

- Was wären die Kriterien für eine **funktionierende Landeskirche**?
- Sollte es Visitationen von Landeskirchen (mit entsprechenden Konsequenzen) hinsichtlich ihrer **Arbeitsfähigkeit** geben?
- Sollten Mindeststandards für Landeskirchen entwickelt werden und die Selbstreflexion jeder Landeskirche über die Notwendigkeit ihrer weiteren Selbständigkeit und ihrer Grenzen veranlasst werden, ebenso wie Kriterien für den Finanzausgleich?
- Was gehört zu einem gut funktionierenden, lebendigen Föderalismus mit Landeskirchen, die ihren Auftrag und die Grundfunktionen erfüllen und innerhalb der EKD gleichberechtigt miteinander arbeiten könnten? Andererseits wurde auch die **ergänzende Kooperation** zwischen den Landeskirchen, die **Bewerbungsfreiheit** und der **Personalaustausch** zwischen den Landeskirchen, die Qualifizierung und der **Austausch von Führungskräften** sowie der **Zusammenschluss von Landeskirchen**, den politischen Strukturen entsprechend, angeregt.

Die Vertreter größerer Kirchen und der EKD waren sehr an effektiven landeskirchlichen Strukturen, an Mindeststandards für die Existenz von eigenständigen Kirchen usw. interessiert. Einwände wurden nicht gerne gehört. Aus den schriftlich vorliegenden Ergebnissen der Foren ist sehr viel Anregendes mit großem Gewinn zu entnehmen.

In Redebeiträgen habe ich auf die Offenheit und traditionelle Kooperationsbereitschaft der anhaltischen Landeskirche verwiesen, die die Gemeinschaft des deutschen Protestantismus seit den Zeiten der Eisenacher Konferenz im 19. Jahrhundert und auch in den Jahrzehnten der deutschen Teilung gestärkt habe.

Wir würden uns den im Impulspapier gestellten Fragen hinsichtlich der Auftrags- und Aufgabengemäßheit unserer gemeindlichen und landeskirchlichen Strukturen insbesondere zur Förderung unseres Leitbildprozesses gerne stellen, denn „für das evangelische Kirchenverständnis könne es gar keinen Zweifel daran geben, dass die gemeindlichen und landeskirchlichen Strukturen jeweils neu auf die Frage hin geprüft werden müssen, ob sie die Ausrichtung von Zeugnis und Dienst in ihren Gemeinden und Einrichtungen fördern oder gar hindern“. Von einer Verweigerungshaltung Anhalts gegenüber landeskirchlicher Zusammenarbeit und gegenüber den durch das Impulspapier an Konsultations- und Kommunikationsprozess über ein missionarisches Kirchen- und Gemeindeverständnis, über die Konzentration (im Sinne der „Umkehr zur Mitte“) auf das Grundchristliche, über geistliche Erneuerung und über entsprechende zukunftsfähige Strukturen könne keine Rede sein.

Noch einmal sei es auch hier gesagt: Auch aus unseren Erfahrungen mit dem früheren Bund der Evangelischen Kirchen der DDR befürworten wir durchaus eine **weitere Stärkung der EKD** bis hin zu ihrer **Kirchwerdung**, wenn uns dies bei der Ausrichtung von Zeugnis und Dienst in unserer besonderen Situation hier in der Mitte Ostdeutschlands, in unserer Region und in unseren Gemeinden hilft. Denn die **allerwichtigste Aufgabe**, die wir hier haben, ist m.E. Mission, d.h. die **Umkehr** (mit dem Evangelium) **zu den Menschen** und die geistlich-theologische Konzentration auf die Mitte in Jesus Christus mit einer neuerlichen theologischen **Umkehr zum reformatorischen „allein“: Allein** durch den Glauben, **allein** durch die Gnade, **allein** in Jesus Christus.

Dies bedeutet keine Abwertung, des Dialoges zwischen Kirche und Kultur, Glaube und Vernunft, Kirche und Welt usw., wohl aber die **Umkehr zu einer reformatorischen Entschiedenheit** im elementar Christlichen des Glaubens und Lebens.

Der Kommunikations- und Konsultationsprozess der EKD - Kirche der Freiheit - nimmt vieles von dem auf, was wir in Ostdeutschland schon mit den Papieren „Minderheit mit Zukunft“ und „**Kirche mit Hoffnung**“ formuliert hatten und führt es weiter. Allerdings ist das Papier auf einen durchschnittlichen gesamtdeutschen Protestantismus bezogen und es liegt dabei nahe, dass ostdeutsche Besonderheiten (in der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung zwischen Ost und West) aus dem Blick geraten.

In der **Kirchenkonferenz der EKD am 28./29.03.2007** wurde bei Überlegungen zum Fortgang des Reformprozesses festgestellt, dass

- der stärkste Konsens bisher wohl bei der Einsicht in die Notwendigkeit einer **geistlich-inhaltlichen Qualitätsoffensive** in deutschen landeskirchlichen Protestantismus erreicht worden sei,
- der wichtige **Konsensbereich** sei mit dem Thema **Gemeindeformen** verbunden und der dritte
- läge in der Einsicht, dass die weiteren Reformbemühungen in die etablierten Strukturen, Kompetenzen und Gremien der Landeskirchen nun einfließen müssten. Auf die Landeskirchen käme es jetzt bei der Umsetzung der Reformimpulse in besonderer Weise an.

Ich begrüße es sehr, dass in diesem Zusammenhang eine **gegenseitige Information** unter den Gliedkirchen initiiert wurde, um aufeinander zu hören und voneinander lernen zu können. Unterstrichen wurde das Ziel der Herstellung einer **EKD-weiten Bewerbungsfähigkeit** für Personen im Pfarrdienst.

Ich denke, dass es sehr hilfreich sein wird, unsere Veränderungs- und Reformprozesse gegenüber den anderen EKD-Gliedkirchen zu kommunizieren und dabei bestimmt auch manche Zustimmung und Ermutigung zu erfahren.

Bei der Runduminformation über **Themen**, die zurzeit im Sinne des Reformprozesses in den Landeskirchen „dran“ seien, habe ich für **Anhalt** genannt:

1. Welche Kriterien gibt es für die Anwendung des Begriffes **Qualität** in Zeugnis und Dienst unserer Gemeinden?
2. Wie verhalten sich **Parochie, Gemeinde und Region** im weiteren Reformprozess zueinander gerade auf dem Lande?
3. Was macht ein landeskirchliches **evangelisches Bildungskonzept** aus? Wie verhalten sich Glaube und Bildung zueinander?
4. In welchem Verhältnis stehen **Pluralität und Konzentration, Einheit und Vielfalt** im Reformprozess zueinander?
5. Was begründet und gestaltet die **Dienstgemeinschaft** zwischen haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserer Landeskirche und ihren Gemeinden?
6. Wie verstärken wir unsere Anstrengungen bei der **Entwicklung eines Leitbildes für die missionarische Ausrichtung** unserer gemeindlichen und landeskirchlichen Arbeit?

Die Bearbeitung des **Qualitätsbegriffes**, die theologische Klärung des Zusammenhangs von **Pluralität und Konzentration** und die Anwendung des Strukturbegriffs der **Vernetzung** sollten uns in **unserer Landeskirche weiter vordringlich beschäftigen**.

Die Professorin für Praktische Theologie an der Bochumer Theologischen Fakultät, Isolde Karle, hat in ihrer Stellungnahme zum Impulspapier „Kirche der Freiheit“ gemahnt, bei allem Reformpathos „das Bewährte ausreichend zu würdigen und darüber hinaus (nur) realistische Zielvorgaben zu machen“.

Die **wichtigsten Probleme** der christlichen Kirche seien zurzeit eine **geistliche Orientierungskrise** (wie hier von mir besprochen) und die **mangelnde Fähigkeit zur Artikulation des christlichen Glaubens in den Gemeinden**, bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und in den Kirchen insgesamt. Ich denke, wir werden das auch bei der **Weiterführung unseres Reformprozesses** intensiv zu bedenken haben.

d) Die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarkirchen im mitteldeutschen Raum

Diese Zusammenarbeit gestaltet sich auf der **Grundlage des Kooperationsvertrages** zwischen der Ev. Landeskirche Anhalts und der Kirchenprovinz Sachsen vom **20.12.2000** weiterhin gut. Wir betrachten die **verlässliche und stetige Weiterentwicklung dieser Zusammenarbeit** als vordringliche Aufgabe.

Wir wollen auch in Zukunft gute und verlässliche Nachbarn und Kooperationspartner auf den rund 20 Feldern unserer Zusammenarbeit sein (z.B. Gemeinsames Diakonisches Werk, gemeinsam getragene und bezahlte Ev. Akademie, gemeinsames Pädagogisch-Theologisches Institut, gemeinsame Ev. Erwachsenenbildung, gemeinsames Kinder- und Jugendwerk, gemeinsamer Gefängnisseelsorgerkonvent, gemeinsamer Polizeiseelsorgerkonvent, gemeinsamer Krankenhausseelsorgerkonvent, gemeinsame Ausbildungsordnung für den theologischen Nachwuchs, gemeinsame Examensordnungen, gemeinsame Fakultät an der Universität Halle-Wittenberg usw.).

Unsere Partner in der KPS und Thüringen waren in den letzten Jahren und Monaten durch ihren Fusionsprozess in hohem Maße beansprucht. Die letzten Tagungen der Thüringischen- und der KPS-Teilsynode der „Föderation Ev. Kirchen in Mitteldeutschland“ hat ergeben, dass die für die endgültige Fusion zu einer Vereinigten Kirche notwendige 2/3-Mehrheit in der KPS-Teilsynode nicht erreicht wurde, während in der Thüringischen Teilsynode diese Mehrheit mit einer Stimme überboten wurde. Bei dem gebotenen Respekt vor Synodalentscheidungen steht es mir nicht zu, diesen Vorgang zu kommentieren oder gar zu bewerten, zumal die KPS-Synode dann mit 61:1:9 Stimmen einen Be-

schluss angenommen hat, der das Ziel der Vereinigung ausdrücklich bejaht und die Kirchenleitung bittet, den Weg dahin neu zu prüfen.

Nach meinem ersten Eindruck haben Probleme die Synodalen beschäftigt, die wohl auch die anhaltische Landessynode in ihrer Tagung am 15./16.11.2002 nach der Vorlage ihres Sonderausschusses bewogen hatte, sich gegen den Beitritt unserer Landeskirche zum Kooperationsvertrag zwischen Thüringen und der KPS mit dem Ziel der Föderation und Fusion zu entscheiden.

Diese **Probleme**, die wohl auch jetzt bei den Entscheidungen in Wittenberg eine Rolle gespielt haben mögen, waren die **Zukunft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**, die **Finanzfrage**, die **Frage der Zentralisierung im Verhältnis zur Präsenz vor Ort** (im Blick auf eine vor Ort erfahrbare Kirche) sowie der **hohe Termin- und Zeitdruck**, der den Betroffenen an der Basis kaum Raum zur Beteiligung an den Entscheidungen und zur Meinungsbildung zu lassen schien.

In der Zeitschrift Zeitzeichen Nr. 11/06 hat der **Dresdner Theologe Jens Beckmann** in einem Aufsatz zur **Frage von Fusionen zwischen Kirchen** geschrieben (a.a.O., S. 51): „Sollten Reformen durchgeführt werden, die unterschiedliche „Kulturen“ (Bekenntnisse, Kirchenbilder, informelle Netzwerke) zu vereinigen versuchen, sind langfristige Homogenisierungsprozesse nötig, in denen sich die Beteiligten von Altem trennen und gemeinsam Neues entwickeln. Wenn darauf verzichtet wird, könnten die Reibungsverluste etwa durch innere Emigrationen den „Fusionsgewinn“ aufbrauchen. Die Wirtschaft, die diese Mechanismen leidvoll erfahren musste, blickt inzwischen tendenziell auf eine Mißerfolgsgeschichte von Fusionen zurück Die zugrunde liegende Annahme, dass Größe zugleich Erfolg garantiere, hat sich z.B. gerade in der Autobranche als falsch erwiesen“.

In der hinter uns liegenden öffentlichen Debatte über die **Zukunft unserer Landeskirche** habe ich eine **ungute Engführung** darin gesehen, dass der anhaltische Beitrag zum Reformprozess „Kirche der Freiheit“ oft auf die Frage der „Fusionswilligkeit“ reduziert wurde.

Ich bin der Ansicht, dass die entscheidende Frage im Zusammenhang mit der Zukunft unserer Landeskirche die nach der **Stärkung unserer Gemeinden** in ihrem Zeugnis und Dienst nahe bei den Menschen ist.

In einem Aufsatz von Udo Friedrich Schmelzle über den **Um- und Neustrukturierungsprozess in den katholischen deutschen Diözesen** las ich kürzlich die bedenkenswerten Sätze: „Die Gemeinde war, ist und bleibt die Zelle, aus der sich die Kirche historisch entwickelt und in kritischen Phasen (z.B. im Nationalsozialismus) überlebt hat, um sich wieder neu sich als Volk Gottes auf den Weg zu machen. Sie wird es auch in Zukunft sein können, wenn wir in der Kirche lernen Charismen zu teilen und Gemeinden Orte bleiben, an denen Menschen in überschaubaren Räumen zu Lebens-, Wahl- und Schicksalsgemeinschaften zusammenwachsen können“ (Udo Friedrich Schmelzle in: „Herder Korrespondenz“ Jg 61 H. 4/07, S. 179).

Wir werden den **Weg** von der **Betreuungskirchenstruktur hin zur Beteiligungsstruktur** weitergehen und weiter die schwierige Aufgabe zu lösen versuchen, mit weniger Mitteln als bisher eine attraktivere Arbeit und ausstrahlungskräftigere **Kirche nahe bei den Menschen und mit den Menschen** zu gestalten.

Uta Pohl-Patalong hat dazu auf dem 30. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover (vgl. epd-Dokumentation 2005 Nr. 26, S. 38 ff) gesagt: „Meine Hoffnung ist, dass sich die derzeitige Krisenstimmung in den nächsten Jahren wandelt zu einer kreativen, sicher auch nachdenklichen, aber vor allem von Mut und Aufbruchstimmung getragenen Suche nach Formen von Gemeinde, die dem Evangelium und gerade darin den unterschiedlichen Menschen heute in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen, Fragen und Bedürfnissen gerecht werden.“

Ich möchte insbesondere den **Gemeindeaufbauausschuss** und den **Struktur- und Ordnungsausschuss** unserer Synode bitten, an diesen Fragen intensiv im Dialog mit der Kirchenleitung und Landeskirchenrat weiterzuarbeiten. Wir werden dabei auch den partnerschaftlichen Austausch mit unseren Nachbarkirchen, insbesondere der EKM suchen und praktizieren.

Nachdem die **Synode der Pommerschen Ev. Kirche** zunächst im Zusammenwirken mit der **Ev.-Luth. Kirche Mecklenburgs** die Rahmenbedingungen für ein Zusammengehen von beiden Kirchen formuliert und festgestellt hatte, hatte sie dann **Sondierungsgespräche mit der Berlin-Brandenburgischen Kirche** angestrebt, dann aber nicht die Fortführung dieser Gespräche beschlossen, sondern ist nun auf ein **Angebot aus der Nordelbischen Kirche** positiv eingegangen, den Prozess hin zu einer gemeinsamen Nordkirche aus Nordelbien, Mecklenburg und Pommern positiv aufzunehmen. Der neugewählte Landesbischof der Ev.-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, Propst Dr. Andreas von Maltzahn, hat sich dazu positiv geäußert, rechnet aber auch mit länger dauernden Entwicklungen, ebenso wie wohl auch Pommern und Nordelbien.

Abschließend möchte ich zu diesem Punkt persönlich anmerken, dass schnelle Entscheidungen möglicherweise nicht immer der beste Weg sind, um Landeskirchen mit ihren höchst unterschiedlichen Kulturen, mit vielen ungeschriebenen Regeln für das Miteinander von Leitung und Basis zu einem Zusammenleben oder gar zu einem Anschluss zu bringen. Hierfür braucht es auch die bleibende Wertschätzung für die bisherigen Identitäten und Stärken der Partner, die umfassende Beteiligung der Betroffenen an der Basis sowie Geduld im Prozess der wachsenden Übereinstimmung.

e) Unsere Partnerschaften mit anderen Kirchen

Unsere Partnerschaften mit der **Ev. Kirche der Pfalz** und der **Lippischen Landeskirche** entwickeln sich auf der Ebene der Kirchenleitungen weiterhin gut, auch Gemeindepartnerschaften werden weitergeführt oder auch neu belebt. Wir sind für den offenen Gedankenaustausch unter unseren Kirchen hinsichtlich der Situation in der EKD und in der UEK sehr dankbar.

Vom 23.-25.6.07 wird der anhaltische Landeskirchenrat unsere pfälzische Partnerkirche besuchen. Auf Einladung der Lippischen Landeskirche wird unsere Kirchenleitung am 6.-8.6.08 die dortige Kirchenleitung („Landeskirchenrat“) besuchen.

Wir freuen uns sehr, dass Herr Landessuperintendent, Dr. Martin Dutzmann, heute unter uns ist und sich für ein Referat zum theologischen Thema zur Verfügung gestellt hat. Wir hatten gestern Abend einen guten Gedankenaustausch zwischen Landessuperintendent Dr. Dutzmann, Präses Dr. Fürle und mir in meiner Dessauer Wohnung.

Nach dem Besuch von Patriarch Butta und seiner Frau in der vergangenen Herbstsynode haben sich schon verschiedene Konkretisierungen unserer weiterentwickelten Partnerschaft mit der **Tschecho-slowakischen-Hussitischen Kirche** ergeben.

Ich werde am 06.07.07 in Prag in der Bethlehemskirche zum jährlichen Gedenken an Jan Hus predigen. Frau Butta war inzwischen bei unserem **Landespfarrer für Kinder- und Jugendarbeit** zu Besuch und hat die Kontakte intensiviert. Eine **Gemeindepartnerschaft** zwischen ihrer Prager Gemeinde und der Ev. Kirchengemeinde St. Nicolai zu Ballenstedt wurde angebahnt. Der Besuch eines anhaltischen **Kirchenchores** in Prag sowie einer Abordnung unserer **Bläserarbeit** für diesen Sommer sind in Vorbereitung.

Im Hinblick auf unsere partnerschaftliche Beziehung zur **Western Bethel Wollega Synode** in der äthiopischen Mekane Yesu-Kirche hat sich ergeben, dass der **Vorsitzende des Gemeindegemeinderates Zieko**, Herr **Martin Döbert**, zusammen mit Pfarrer Dr. Kees vom Berliner Missionswerk Äthiopien besucht hat und dort die Gemeindepartnerschaft zur Ziekoer Hoffnungsgemeinde intensivieren konnte.

Wir haben vom Landeskirchenrat diesen Besuch finanziell genauso unterstützt, wie auch den Besuch einer Gemeindegruppe aus der Ev. Kirchengemeinde St. Marien zu Roßlau bei ihrer amerikanischen UCC-Partnergemeinde in Philadelphia.

Die Kontakte zu unserer USA-Partner-Kirche, der **Southeast Conference der UCC** gestalten sich weiterhin intensiv und gut.

Unsere **UCC-Arbeitsgruppe** unter der Geschäftsführung von Pfarrer Jörg Natho bereitet zurzeit eine Begegnung von Kirchenältesten aus Amerika und aus Anhalt in der Zeit vom 27.11.-4.12.07 in Anhalt vor. Ich selbst bin als Vertreter der Ev. Landeskirche Anhalts vom 22.-26.6.07 zur **Feier der 50jährigen Gründung der UCC** zur dortigen Tagung der Generalsynode nach Hartford, Connecticut, eingeladen, weiß aber noch nicht genau, ob ich diesen Termin wahrnehmen kann.

Am Mittwoch dieser Woche hat mich eine Gruppe aus der UCC-Partnergemeinde der Ev. Kirchengemeinde St. Peter und Kreuz, Dessau, im Landeskirchenamt besucht.

Die Gemeindepartnerschaften auf die es uns ja in besonderer Weise bei der Pflege ökumenischer Partnerschaften ankommt, entwickeln sich also durchaus weiter, wie ich hier nur an einigen Beispielen zeigen konnte.

f) Die Beziehungen unserer Landeskirche zu anderen Religionen

Die **Beziehungen** zwischen einigen Kirchengemeinden Anhalts zu **jüdischen Gemeinden** und Menschen jüdischen Glaubens werden weiter sensibel gepflegt. Für uns ist das **Gedenken an den Holocaust** und das **Auftreten gegen jede Art von Antisemitismus** ein Teil der Identität unserer kirchlichen Arbeit.

Ich selbst pflege für unsere Landeskirche die Beziehung zu mehreren jüdischen und jüdisch-christlichen Organisationen (u.a. zum Abraham-Geiger-Kolleg in Potsdam und zur jüdischen Gemeinde in Dessau).

Mit Sorge verfolgen wir die **Entwicklung des Verhältnisses zwischen Christentum und Islam**. Auf der einen Seite unterstützen wir alle Bemühungen um einen informativen und um Verständigung bemühten fairen Dialog zwischen Christen und Muslimen in Deutschland. Zugleich müssen wir aber auch erkennen, dass wir im Bereich unserer Landeskirche so gut wie keine Kontakte zwischen Muslimen und ev. Christen haben, bis auf wenige Begegnungen im Rahmen der multikulturellen Wochen oder der Ev. Erwachsenenbildung.

Wir wissen aber, dass eine nicht unerhebliche Zahl von Muslimen in unseren größeren Städten (vor allem in Dessau) lebt und religiös von Berliner Moschee-Gemeinden betreut wird. Es gibt Nachrichten, dass zu diesen Betreuern auch islamische Prediger gehören, die Christen als „Ungläubige“ und „Unreine“ bezeichnen und die Muslime zur strikten Abgrenzung auffordern.

Die jüngste **Handreichung des Rates der EKD** unter dem Titel „Klarheit und gute Nachbarschaft - Christen und Muslime in Deutschland“ (EKD-Texte 86) haben wir als **gute Hilfe** dankbar zur Kenntnis genommen.

Wir haben den Kirchenkreisen über die KOP einzelne Exemplare zur Verfügung gestellt und sind jederzeit bereit, weitere Exemplare dieser Handreichung anzufordern und bei Bedarf zur Verfügung zu stellen.

Mit tiefem Erschrecken lasen wir die Meldungen in der „Mitteldeutschen Zeitung“ über den **Mord in der türkischen Stadt Malatya** an drei Christen in den Räumen eines Bibelverlages durch Täter, die diese Morde „für das Vaterland“ verübt haben wollen, „um den Feinden des Islam eine Lektion zu erteilen“.

Die drei Männer haben stundenlange Folter erdulden müssen und sind wohl als **christliche Märtyrer anzusehen**, von uns zu würdigen und in unser Gebet zu nehmen. Leider kann ich nicht sagen, ob es von islamischer Seite in unserem Lande oder in der Türkei Distanzierungen von dieser schrecklichen Tat gegeben hat.

Immer wieder befremdet es mich, mit welchem hohem (und nach unserer grundgesetzlichen Ordnung auch berechtigten) Anspruch auf Geltung, Akzeptanz und Freiheit islamische Vertreter in Deutschland für ihre Religion eintreten, aber sich zur **Freiheit, Akzeptanz und Toleranz für Christen** in islamischen Ländern kaum oder nur sehr verhalten äußern. Wenn es in einem erklärtermaßen laizistischen Staat wie der Türkei zu solchen Ausschreitungen kommt, bei der bekannten Zurücksetzung der christlichen Kirchen und des christlichen Glaubens, wie mag es dann erst unseren Schwestern und Brüdern im Glauben in solchen Ländern wie Saudi-Arabien, Indonesien, Sudan oder Irak gehen?

Mit Blick auf die Kirchengeschichte werden wir weiter unsere Bereitschaft zur religiösen Toleranz und zum Respekt vor der Freiheit der Religionen bezeugen. Uns werden mit guten Gründen bis heute viele schreckliche Dinge aus der Kirchengeschichte vorgehalten. Aber es ist die **gemeinsame Aufgabe von Christen und Muslimen**, religiös motiviertem Hass und jeder Verachtung der anderen Religion entgegenzutreten. Wir sehen dabei durchaus auch die Notwendigkeit und die Veranlassung zu einer **Haltung der Umkehr und einsichtigen Erinnerung**.

4. Zur inneren Situation unserer Landeskirche

Schon die letzte Tagung der Landessynode im Herbst vorigen Jahres hat gezeigt, dass wir zurzeit nach den **Spar- und Personalbeschlüssen der Jahre 2002 - 2004** nun wohl (auch dank der anziehenden Konjunktur und mit den entsprechenden Steuereinnahmen) aus den größten finanziellen und strukturellen Schwierigkeiten heraus sind. Wir konnten der Landessynode berichten, dass wir auftragsgemäß ihre Spar- und Personalbeschlüsse umgesetzt haben.

Aber Frust, Enttäuschung und Zorn sind noch gegenwärtig und machen sich hier und da, oft an ganz anderer Stelle, Luft. Deshalb hat die Kirchenleitung in ihrer Klausurtagung zum Jahresanfang in Gernrode beschlossen, im Oktober diesen Jahres vom 21. - 31.10. bis eine „**landeskirchliche Visitation**“ mit dem Schwerpunkt: Erfahrungen mit der Pfarrstellenneubeschreibung und den eingeschränkten Dienstverhältnissen anzuordnen.

Inzwischen haben wir die Auswertung unseres Berichtes für das Haushaltsjahr 2005 durch den EKD-Finanzbeirat im Rahmen des Erweiterten Solidarpaktes erhalten. Das EKD-Kirchenamt teilt uns mit, dass wir im Rahmen der Typisierung und Kategorisierung des Solidarpaktes als „**östliche Gliedkirche mit typischen Strukturproblemen**“, aber mit so weit „**vorangeschrittenem Konsolidierungsprozess**“ eingestuft werden, dass „**keine Maßnahmen**“ im Rahmen des Solidarpaktes erforderlich seien.

Wir hätten keine Finanz- und Strukturprobleme mehr, wie z.B. „hohe Rücklagenentnahmen“ und „unzureichende Rücklagenausstattung“, „erhöhten Verschuldungsindex“, **keine „akuten Strukturprobleme“** und **keine „hohen Belastungsstrukturen im Pfarrdienst“**. Wir können hierin ein positives Ergebnis unserer Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen in den Jahren 2002 - 2004 sehen, welche schon mit Abschluss des Jahres 2005 erste positive Auswirkungen gezeigt haben. Dieser **Trend** wird sich voraussichtlich auch im Jahre 2006 fortsetzen. Wir müssen ihn „**verstetigen**“.

Diese **landeskirchliche Visitation** wird darauf konzentriert sein, die im eingeschränkten Dienstverhältnis nun tätigen Pfarrerrinnen und Pfarrer und deren Gemeinden zu besuchen, auf ihre Erfahrungen zu hören und ihre Anregungen zu bearbeiten. Durch die Visitationskommission werden Besuche bei allen betroffenen Pfarrerrinnen und Pfarrern, Gespräche mit den betreffenden Gemeindekirchenräten und Besuche von Gemeindeveranstaltungen gehören. Die Visitation wird in ihrem Ablauf unserer Visitationsordnung vom 07.05.1996 (vgl. Abl. Nr. 3/1996) folgen. Zur Visitation werden auch Gespräche mit den zuständigen Kreisoberpfarrern gehören, die dann auch jeweils Mitglieder der Visitationskommission sind.

Wie ich schon in meinem Weihnachtsbrief angekündigt habe, will der Landeskirchenrat allen von eingeschränkten Dienst- und Gehaltsverhältnissen betroffenen Pfarrerrinnen und Pfarrern **zu zusätzlichen bezahlten Beschäftigungsaufträgen** verhelfen, damit sie wieder zu ihrem vollen Gehalt kommen. Diese Beschäftigungsaufträge werden sich natürlich auch danach zu richten haben, wie weit unsere Finanzsituation dies trägt.

In den nächsten Jahren wird es - wie sich jetzt schon abzeichnet - einige Versetzungen in den Ruhestand und Altersteilzeitdienstverhältnisse geben, so dass sich die **Personalsituation** in unserer Landeskirche noch **weiter lockern** wird.

Es gibt mehrere westdeutsche Landeskirchen, die bald vor großen Löchern in ihrer Personalstruktur wegen des Ausscheidens ganzer Generationen von Diensttuenden stehen werden. Zurzeit arbeiten die Gliedkirchen der EKD an einem **Konzept für eine kooperative Personalpolitik**, die die gegenseitige **Bewerbungsfreiheit** unter allen Gliedkirchen der EKD möglich machen soll.

Das wird noch eine Weile dauern, wir müssen es aber jetzt schaffen, die gegenwärtige Übergangszeit mit Fairness und Loyalität im Verhältnis zwischen Dienstgebern und Dienstnehmern weiter miteinander durchzustehen.

Ich freue mich, Ihnen sagen zu können, dass die Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland uns offiziell mitgeteilt hat, dass die (mit Abschluss des II. Exams) ausgebildeten anhaltischen Vikare und Vikarinnen von der EKM in ihr Zulassungsverfahren für den Entsendungsdienst aufgenommen werden, da ja schon jetzt eine enge Abstimmung zwischen unseren beiden Kirchen in der Gestaltung der Ausbildung besteht.

Seit den letzten **Personalgesprächen** mit den Pfarrerinnen und Pfarrern unserer Landeskirche sind inzwischen zwei Jahre vergangen. Wir werden sie **in diesem Jahr wieder** durchführen. Der Leitfaden für die Personalgespräche mit Pfarrerinnen und Pfarrern der Evangelischen Landeskirche Anhalts sieht vor, dass Personalgespräche regelmäßig alle zwei Jahre stattfinden.

Wir wollen „den Dienst unserer Pfarrerinnen und Pfarrer wahrnehmen, ihre **Kreativität und Kompetenz würdigen** und Hindernisse für diesen Dienst abbauen. Zugleich geht es auch darum, auf die Veränderung der Situation unserer Kirche und ihrer Gemeinden und auf die Veränderung in den Berufsbildern und Handlungsfeldern entsprechend einzugehen und **Neuorientierungen** zu finden“.

Wie bei den letzten Personalgesprächen werde ich auch dieses Mal wieder Anregungen aus der persönlichen Situation und der beruflichen Erfahrung der Pfarrerinnen und Pfarrer für die Gestaltung ihres Dienstes und für mögliche personenbezogenen Entwicklungsmassnahmen erbitten. Nach meiner Ansicht sollten dieses Mal die **Kreisoberpfarrer** an den Personalgesprächen mitwirken, so wie es der Leitfaden vorsieht.

Eine **gegenseitige Überschneidung** oder **Behinderung mit der landeskirchlichen Visitation** sehe ich nicht, da die landeskirchliche Visitation anderen Gesichtspunkten folgt, einen öffentlichen Charakter hat und **der Kirchenleitung unmittelbare Anregungen** gibt, während es sich bei den **Personalgesprächen um strikt vertrauliche Begegnungen** handelt.

Die im Dezember in Dessau vorgestellte Studie des **Soziawissenschaftlichen Institutes der EKD „Die religiöse und kirchliche Ansprechbarkeit von Konfessionslosen in Ostdeutschland“** (im Bereich von Mecklenburg-Stargard und Anhalt-Dessau) hat nach meiner Ansicht gezeigt, dass wir mit der bisherigen konzeptionellen **Ausrichtung unserer Arbeit** in Gemeinden und Landeskirche den **Erwartungen** sowohl unserer Mitglieder als auch der nichtkirchlich Gebundenen in unserer Region im wesentlichen entsprechen z.B. im Bereich der Bildung (Evangelische Grundschulen, Kindergärten, Jugendarbeit, Religionsunterricht, Erwachsenenbildung usw.), im Bereich der Kulturarbeit (Kirchengebäude, Kirchenmusik etc.) und im Bereich der sozialen und politischen Diakonie (Sozialstationen, Beratungsdienste, Armenhilfe, Christophorus Haus Wolfen-Nord usw.), aber auch in der Positionierung zu sozialetischen Fragen (Stellungnahmen zu Hartz IV, zur Problematik von Arm und Reich, Unterstützung von regionalen Bürgerinitiativen z.B. im Bereich des Elbe-Schutzes oder bei der Unterstützung von Initiativen gegen den Rechtsradikalismus).

Wichtig ist aber auch - und ich sage dies im Hinblick auf die biblisch-theologische Grundlegung meines Berichtes -, dass wir uns immer wieder neu befragen, inwieweit wir intern z.B. im Personalbereich oder im Bereich der Ausbildung auf dem richtigen Weg in die Zukunft sind oder ob wir unseren haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch uns selbst nicht auch zu **viel zumuten**.

Eine jüngst vom Landeskirchenrat erbetene und von den Kreisoberpfarrern durchgeführte Umfrage hinsichtlich der **Gottesdienstfrequenz** in unseren Gemeinden hat nach einhelliger Auffassung der letzten Kreisoberpfarrerkonferenz aber ergeben, dass die Belastungen (wenn man überhaupt im Zusammenhang mit Gottesdiensten davon reden will) durch Gottesdienstverpflichtungen für unsere Pfarrerinnen und Pfarrer insbesondere auf dem Lande auch im Vergleich zu anderen Landeskirchen im Bereich des Zumutbaren bleibt.

Jedoch bleiben auch die immer wieder **frustrierenden Erfahrungen mit den kleinen Zahlen** und der resignierten Grundstimmung in den sich mehr und mehr reduzierenden Gemeinden auf dem Lande, während doch die Verkündigung des Reiches Gottes mit der **Hoffnung auf Wachstum** verbunden ist. Dass die Gemeinde Gottes auf Erden kleiner wird, schrumpft oder abstirbt, wird im biblischen Zeugnis als göttliche Mahnung zur Buße oder gar als Strafgericht Gottes verstanden. So ist es gerade in der ostdeutschen ländlichen Situation oft nicht leicht, mit dieser **Spannung von Hoffnung und Erfahrung** zu leben und theologisch zu arbeiten. Da hilft nur die Einsicht, dass Gottes Gemeinde nicht zu allen Zeiten und an jedem Ort immer größer werden „muss“, und es hilft das **Vertrauen auf die Verheißung Gottes**, die mit dem winzigen Senfkorn verbunden ist, „das ein Mensch nahm und in seinen Garten säte; und es wuchs und wurde ein Baum und die Vögel des Himmels wohnten in seinen Zweigen“ (Luk. 13,18).

Ich wünschte mir, dass diese Spannung zwischen „schon“ und „noch nicht“ in den Mitarbeiterkonventen und Gemeindegemeinderäten noch intensiver als bisher theologisch bearbeitet würde. Der objektive, auch durch kirchenleitende Mahnungen und Vorschläge verstärkte **Handlungsdruck** und das subjektive Gefühl, nie genug zu tun, führen auch zum **Gefühl des Überfordertseins und der Überlastung**. Pfarrerinnen und Pfarrer reagieren mit Krankheit oder innerer Kündigung und Resignation, anfänglich begeisterte und hoch motivierte ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlassen das nach ihrer Meinung sinkende Schiff und reagieren nach der alten Dakota-Weisheit: „Wenn du merkst, dass du auf einem toten Pferd reitest, dann steig ab“ (Peter Pöhlemann, Wie die Kirche wachsen kann und was sie davon abhält, Göttingen 2006, S. 18).

Wir alle brauchen kirchliche und gemeindliche Strukturen und Arbeitsformen, die auch **Raum und Zeit geben**, zur Wende und Umkehr mahnende Erfahrungen zu verarbeiten und die Hoffnungsbilder des Glaubens wieder zu entdecken und sie gleichsam mit neuen Augen zu schauen.

Wir brauchen die Einsicht, dass **eine Landeskirche nicht nur eine Behörde, sondern ein geistlicher Organismus ist**, in dem **füreinander gebetet und aufeinander geachtet** wird, eine spirituelle **Kommunikationsgemeinschaft**, in der neue Leitbilder von Gemeinde und Kirche aufkeimen und wachsen und in konkrete Maßnahmen münden. Das gilt wohl auch für zwischenkirchliche Kooperations-, Föderations- und Fusionprozesse.

Wir brauchen auf die **Mitte in Jesus Christus konzentrierte** und im anbetenden Hören auf das Wort Gottes entstandene **Predigten und Andachten**, die uns nicht „anpredigen“ oder belehren, sondern die uns hineinnehmen in die Faszination und auch das Erschrecken über die Begegnung mit dem lebendigen Gott.

Wir brauchen in unserer Kirche die **Dienstgemeinschaft der haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** und das authentische, auf eigener geistlicher Erfahrung beruhende Zeugnis der einen für die anderen, dass Gott uns, seine Kirche und seine Gemeinde und die Menschen liebt und wir ihn lieben können, weil er uns die Treue hält und wir ihm vertrauen können, dass er uns gerecht spricht und wir die Kraft haben, uns um Gerechtigkeit zu mühen, dass er uns den Mut und die Freude zur **Umkehr zu den Menschen** immer neu schenkt.

Dann werden wir auch **ohne das Gefühl des Überfordertwerdens** die **Impulse** aus dem Papier „Kirche der Freiheit“, aus dem Zukunftskongress und aus dem jüngsten EKD-Papier „Wandel und Gestalten - Missionarische Chancen und Aufgaben der evangelischen Kirche im ländlichen Raum“ **aufnehmen** und mit ihnen **in einer kreativen Weise umgehen** können.

Wiederum möchte ich gerade im Hinblick auf die gottesdienstliche Situation im ländlichen Bereich **an meinen Vorschlag für Sonntagsandachten oder Ältestengottesdienste erinnern**, die ohne die Mitwirkung von Pfarrern, Prädikanten oder Lektoren auch von nicht funktionsgebundenen Gemeindegliedern als leicht vorzubereitende kleine, liturgische Formen für die Wenigen vor Ort in den einzelnen Kirchen gehalten werden (a.a.O., S. 47) können. Wichtig ist es dabei, die **Kontinuität und Verlässlichkeit** der gottesdienstlichen Feiern in unseren Kirchen an den Lebensorten der Menschen zu gewährleisten (vgl. a.a.O., S. 57).

Das **Forum 2** beim Zukunftskongress in Wittenberg hat wichtige Anregungen für die Entwicklung von Regionalkonzepten, Prioritätensetzung und Gabenorientierung in den Regionen gegeben und zugleich **so bedeutsame Fragen** gestellt wie die nach **gestaffelten Formen der Kirchenmitgliedschaft**, nach **Qualitätsstandards für eine Region**, nach der **Bedeutung der örtlichen Präsenz für Begleitung, Fortbildung und Vernetzung**, für die **Beziehung von zentralen, regionalen und lokalen kirchlichen Lebensäußerungen zueinander** usw.

Liebe Schwestern und Brüder, es gibt eine **Fülle von Anregungen** aus dem gegenwärtigen Reformprozess in der EKD und bei uns und ich freue mich auf unsere gemeinsamen Weiterarbeit gerade im Hinblick darauf, dass wir auch mit unseren kleinen Zahlen zu einer erlebbaren Zeugnis-, Dienst- und Kommunikationsgemeinschaft werden können.

Ich sage dies auch im Hinblick auf die schwierigen Erfahrungen, die wir im **Kirchenkreis Dessau** zunächst mit der **Besetzung des Kreisoberpfarramtes** und damit zusammenhängenden Besetzung der Pfarrstellen an den Gemeinden Jakobus-Paulus und St. Georg gemacht haben. Ich bin dankbar, dass wir nun (dank der konstruktiven Mitwirkung vieler) wohl nun zu einer Lösung kommen werden und bedaure, dass ich mich zunächst zu einem eiligen Verfahren habe drängen lassen.

Auch die **Vorschläge der Kreissynode Zerbst vom 13. Oktober 2006**, die auf die Zusammenlegung des Kirchenkreises und des Kreisoberpfarramtes mit einem anderen Kirchenkreis und einem anderen Kreisoberpfarramt hinausliefen, waren **wichtige Hinweise** auf den großen Druck, unter dem unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch unsere Strukturen durch die Verminderung der Zahlen und Ressourcen gerade im ländlichen Raume stehen.

Die Kirchenleitung hat darauf in einem - wie ich denke - transparenten und fairen Verfahren reagiert. Es hat sich gezeigt, dass es keine Partner für die Vorschläge der Kreissynode Zerbst gab, was aber die Bedeutung der Anregungen und Erfahrungen aus dem Kirchenkreis Zerbst nicht mindert. Sie werden von den zuständigen Synodalausschüssen, der Kirchenleitung und dem Landeskirchenrat im Fortgang des Reformprozesses weiter bearbeitet werden müssen.

Hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder! Wie in meiner biblisch-theologischen Besinnung am Anfang ausgeführt, gehört zur geistlichen und strukturellen Erneuerung (in der Konzentration auf Jesus Christus als Mitte und zur Umkehr zu seinem Wort) auch die Umkehr zu den Menschen. Wir wollen **nicht Kirche „für uns“** neben dem Alltag der Welt sein, sondern mit **Christus mitten in der Welt und nahe bei den Menschen** das Evangelium vom Reich Gottes leben und verkündigen.

Dies wird in besonderer Weise in den sogenannten **Amtshandlungen der Kirche** deutlich, d.h. bei den Taufen, den Trauungen, den Konfirmationen und den kirchlichen Bestattungen.

Die **Zahl der kirchlichen Bestattungen** nimmt weiter ab, viele Angehörigen wissen gar nicht mehr, dass sie ihrem Verstorbenen eine solche Bestattung schuldig sind. Für viele aus der Kirche ausgetre-

tene, aber doch weiter durch die Taufe mit Christus verbundene Menschen ist die Frage nach einer kirchlichen Bestattung sehr fern gerückt, obwohl es sich einige sicher auch wünschen würden.

Für die Gemeinden bringt es auch Probleme und Fragen. Soll man die untreu Gewordenen nun im Tode zu bewährten Christen erklären? Begräbt die Gemeinde nicht nur ihre Mitglieder? Aber da ist der Auftrag Jesu, die Botschaft seiner Auferstehung von den Toten allen Völkern zu verkündigen. Und wer weiß schon, was im Herzen von Menschen vorgeht, denen die Schwelle zurück in die Kirche zu hoch geworden ist, die sich aber nach der „lebendigen Hoffnung“ (1. Petr. 1,3) sehnen? Aber ruft Jesus nicht zu Buße und Umkehr und zur treuen Nachfolge? **Für wen werden die Glocken geläutet und wofür?**

Der Ruf „Kehrt um und glaubt an das Evangelium!“ weist uns an den die Sünder gnädig annehmenden Gott und er lenkt den Blick der Menschen auf Jesus Christus, der ihnen entgegenkommt, der feiernd und heilend, helfend und dienend mitten unter ihnen ist. Die Orientierung an diesem biblischen, von der Reformation aufgegriffenen **Uripuls zur Umkehr** will die Kirche aus weltlichen gottfernen Bindungen **befreien**. Dem Ruf „Kehrt um und glaubt an das Evangelium“ zu folgen bedeutet für uns und unsere Landeskirche, die **Umkehr zu Gott**, die **Umkehr zu Jesus Christus als Mitte**, die **Umkehr zu seinem Wort** und zur Bibel, die **Umkehr zu den Menschen** an ihren Lebensorten.

Dabei werden wir **geistlichen Mut** nicht zu geistlichem Hochmut und **evangelischen Zuspruch** nicht zu klerikalem Anspruch (E. Jüngel) entarten lassen dürfen. Das bedeutet, dem zu vertrauen, der hier und heute zu uns spricht, der hier und heute uns aus freier Gnade vergibt und uns zum ewigen Leben führt. Wir kommen **heraus aus der Herrschaft des Bösen** und des Egoismus, können uns **lösen aus unserer Gottvergessenheit**, müssen uns nicht **festhalten an uns selbst**, an unseren Wünschen, Plänen und Konzepten, auch nicht an unseren Ängsten und Befürchtungen!

Wer im Namen Jesu Christi getauft ist, der kann sich immer neu **an Gott festhalten**. Und den **hält er fest**, nimmt ihn auch bei den Schultern und kehrt ihn um, damit er auf dem Wege zum Leben bleibt und weitergeht, damit wir gemeinsam **festhalten an der Apostellehre**, an der **Gemeinschaft**, am **Brotbrechen** und am **Gebet** (vgl. Apg. 2,42 ff).

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!